

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Frühe Hilfen für junge Familien im Mutter-Kind-Pass

GR.ⁱⁿ **Potzinger** stellt namens von ÖVP, KPÖ, SPÖ und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren, die uns heute zuhören! Ich bedanke mich für die breite Zustimmung der von der Frau Vizebürgermeisterin schon genannten Fraktionen KPÖ, FPÖ und SPÖ, die das Anliegen einmal mehr unterstützen. Wir haben ja vor zwei Jahren schon einen gemeinsamen Antrag dahingehend eingebracht. Allerdings nicht als dringlichen Antrag und die Magistratsdirektion hat zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass Petitionen nur weitergeleitet werden, wenn es sich um dringliche Anträge handelt und dass die Angelegenheit dringlich ist, es geht um den Mutter-Kind-Pass, ist dadurch gegeben, dass derzeit auf Bundesebene der Mutter-Kind-Pass evaluiert wird und Verbesserungen diskutiert werden und da wollen wir einen konstruktiven Beitrag leisten.

Die Vorsorgeuntersuchungen im Rahmen des Mutter-Kind-Passes haben sich in hohem Maße bewährt. Es geht jetzt um Anregungen im Evaluierungsprozess auch Folgendes zu berücksichtigen:

Gesundheitliche Präventionsmaßnahmen sollen auch das psychosoziale Wohlbefinden junger Familien zum Ziel haben und daher auch Elternbildungsangebote und psychosoziale Beratungs- und Hilfsangebote umfassen.

Häufig klagen junge Eltern über Unsicherheiten beim Umgang mit ihren neugeborenen Kindern. Es gibt bereits eine Vielzahl an Elternbildungs- und Beratungsangeboten, die aber vielen Familien zuwenig bekannt sind. Elternbildung sollte daher insbesondere allen Erstgebärenden nahegebracht werden und bereits während der Schwangerschaft

in Anspruch genommen werden. Deshalb soll ein Elternbildungsgutschein in den Mutter-Kind-Pass eingefügt werden, der vor der Geburt des ersten Kindes einzulösen ist – auch die jungen Väter sollen zur Teilnahme eingeladen werden. Der Pass heißt Mutter-Kind-Pass, weil natürlich auch die während der Schwangerschaft notwendigen Untersuchungen der Mütter drinnen vorgesehen sind, aber wir wollen selbstverständlich auch die jungen Väter einladen, noch stärker auch in die Elternbildung sich integrieren zu lassen, als Einladung, nicht als Zwang natürlich.

Erfreulicherweise gibt es jetzt eine neue Initiative des Bundesministeriums für Gesundheit gemeinsam mit der Gesundheit Österreich GmbH, der Bundesgesundheitsagentur, dem Familienministerium und dem Arbeitsministerium sowie dem Frauen- und Bildungsministerium, diese Initiative heißt „Frühe Hilfen“, um Familien bei der bestmöglichen Förderung ihrer Kinder zu unterstützen. Im Rahmen der Vorsorgemittel 2015/16 erfolgt in allen Bundesländern der Aufbau von regionalen Netzwerken. Leider ist der Großraum Graz bis Ende 2017 (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) nicht im Ausbauplan vorgesehen. Da wir in Graz eine starke Zunahme von jungen Familien haben, wäre eine möglichst rasche Einführung der Frühen Hilfen für unsere Stadt besonders wichtig.

Die Information über dieses kostenlose und anonyme Hilfsangebot sollte wie der Hinweis auf weitere von der öffentlichen Hand geförderte Jungfamilienunterstützungsmöglichkeiten im Mutter-Kind-Pass kundgetan werden.

Noch eine wichtige Facette, ein zahnärztliche Untersuchung sollte am Ende des zweiten Lebensjahres des Kindes in den Mutter-Kind-Pass aufgenommen werden. Zahnärzte/Zahnärztinnen sagen, dass das ganz wichtig wäre, bereits Zweijährige zahnärztlich zu untersuchen. Wir kennen die Kinder im Kindergarten mit den braunen Stockerln, wo dann oft die Milchzähne frühzeitig leider entfernt werden müssen. Für die Kinder schmerzhaft und unangenehm. Weiters soll die früher übliche Perzentillenkurve für Körpergröße und Gewicht wieder eingefügt werden, das war sehr anschaulich für die Eltern, diese Kurven, wo sie feststellen konnten, was Gewicht und Größe der Kinder betrifft, wo ihr Kind ungefähr liegt.

Deshalb darf ich namens der genannten Fraktionen ÖVP, KPÖ, FPÖ und SPÖ den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

stellen: Die Österreichische Bundesregierung und der Nationalrat sollen auf dem Petitionswege aufgefordert werden, im Zuge der Evaluierung der derzeit vorgesehenen Untersuchungen folgende im Motivenbericht näher ausgeführte Maßnahmen und Angebote zur Förderung des umfassenden Wohlergehens junger Familien in den Mutter-Kind-Pass aufzunehmen: Elternbildungsgutschein, Frühe Hilfen, zahnärztliche Untersuchung und Perzentillenkurven.

Ich danke für die breite Unterstützung und ersuche um offizielle Annahme. Danke sehr (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** zum Antrag: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Martina, liebe Sissi! Danke für den Antrag, wir finden das Thema natürlich auch sehr wichtig, werden es auch unterstützen. Wie im Vorfeld schon kurz besprochen, fehlt uns allerdings ein Aspekt, es ist für all die Leute, die zum Beispiel jetzt auch mit Flüchtlingen zu tun haben, kein unbekanntes Thema, dass oft diejenigen Kinder, die nicht in Österreich geboren sind, nicht automatisch in diese Gesundheitspräventionsschiene hineinfallen. Es hat ganz einfach damit zu tun, dass man normalerweise, wenn das Baby in Österreich geboren wird, sofort den Mutter-Kind-Pass bekommt usw. Für Kinder, die nicht in Österreich geboren sind, egal ob jetzt ÖsterreicherInnen sind oder nicht, gibt es diese rechtliche Möglichkeit sehr wohl, das haben wir jetzt schon recherchiert, aber die Frage ist immer, wie gut die Information ist, die sowohl die Eltern bekommen als auch die Betreuungseinrichtungen als auch die Ärztinnen und Ärzte und deswegen möchten wir uns gerne dem anschließen, deinem Antrag und einen Zusatzantrag dazu machen. Wir wissen, dass auf Stadtebene schon sehr viel gemacht wird, aber denken

auch, dass der Bund da gefordert ist, zusätzlich zu den bestehenden Dingen auch Informationsmaterial aufzubereiten, dass die Familien mit Kleinkindern auch wissen, wie bei uns die Gesundheitsprävention, Impfung usw. funktioniert und dass sie einen Anspruch auch darauf haben. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Ich möchte auch ein paar kurze Anmerkungen als zuständiges Regierungsmitglied für das Amt für Jugend und Familie dazu machen. Erst einmal, liebe Sissi, danke für diesen Antrag. Wir verfolgen in Graz da schon einen sehr, sehr erfolgreichen Weg, was Frühe Hilfen betrifft, was Elternberatung betrifft, was Begleitung von Neugeborenen betrifft. Wir machen seit einem Jahr Willkommensbesuche, das heißt, alle oder beinahe alle frisch gebackenen Mütter werden unmittelbar nach der Geburt besucht in den Geburtenstationen, bekommen alle wichtigen Informationen, bekommen ein Willkommensgeschenk in Form einer Dokumentenmappe der Stadt Graz, in der sich auch ein 40-Euro-Gutschein findet, denn man dann bekommt, wenn man zu einer Elternberatungsstelle geht. Die Elternberatung ist natürlich in unserer Stadt kostenlos, wird flächendeckend angeboten, wird von multiprofessionellen Teams durchgeführt und ich habe erst vor einigen Tagen die aktuellen Zahlen bekommen und da sehen wir bei diesen Kurven, dass wir einerseits einen Anstieg in der Geburtenrate haben, also mehr Kinder werden in Graz geboren, das wissen wir, und auch damit korrespondierend einen Anstieg bei den Neuvorstellungen in der Elternberatung haben wir. Wir erreichen jetzt schon fast 50 % der Neugeborenen oder besser gesagt der Eltern der Neugeborenen, die dann auch wirklich in die Elternberatungsstellen des Amtes für Jugend und Familie kommen und wir sind auch gemeinsam mit dem Gesundheitsamt jetzt dabei, in den digitalen Medien, sprich auf der Homepage, alle Informationen zusammenzufassen, also es ist ja nicht nur so, dass das Amt für Jugend und Familie hier einiges anbietet, sondern auch das Gesundheitsamt und da arbeiten wir gerade gemeinsam an einem Projekt, wo

dieser Zugang zu Informationen und die Serviceleistungen noch besser abrufbar werden für alle Fragen und Bedürfnisse rund um das Thema Schwangerschaft und Geburt und Erziehung und Betreuung von ganz kleinen Kindern, aber ich glaube, die Frau Stadträtin Rücker möchte auch noch ein paar Sätze dazu sagen. Bitteschön.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ich möchte mich nur ganz kurz an die Ausführungen der zuständigen Vizebürgermeisterin für den Jugendamtsbereich anschließen. Aus der Gesundheitsperspektive, es gibt ja eine Kooperationsschiene auch zwischen dem Gesundheitsamt und dem Jugendamt im Sinne des Aufbaus eines besseren Netzwerkes im Bereich der Frühen Hilfen, unabhängig davon, dass wir leider nicht als Schwerpunktregion erklärt wurden vom Bund, aber es wird in der nächsten Zeit, wir werden das auch rechtzeitig bekanntgeben, eine Internet- und eine gute Plattform auf der Stadt Graz geben, wo alle Informationen möglichst leicht niederschwellig zugänglich sind, die rundum vor, mit und nach der Geburt gesammelt und vor allem in einer zentralen Ansicht dargestellt werden. Das heißt, es geht auch wirklich darum eben, dass man sich nicht die Informationen zusammensuchen soll, sondern schnell auf einen Blick Informationen bekommt. Der zweite Punkt, den ich aufgreifen möchte, wir haben heute schon einmal kurz darüber diskutiert: Ich habe mir auch vom Gesundheitsamt eine Rückmeldung geholt und deswegen würde ich dann ersuchen, dass wir die vier Punkte, die du in deinem Antrag formulierst, getrennt abstimmen können. Es gibt zur zahnärztlichen Untersuchung in so einem jungen Alter sehr unterschiedliche Meinungen. Unsere Fachleute sagen dazu, dass man, wenn man das aufnimmt in den Mutter-Kind-Pass, dann wird das als sehr ambitioniert bezeichnet, weil einerseits bei allen Untersuchungen, die im Mutter-Kind-Pass vorgesehen sind, außer der ersten, wo es eben noch wenig oder noch keine Zähne gibt, eine Gebisskontrolle durch den Kinderarzt vorgesehen ist. Karies auch dadurch dann auch vom Kinderfacharzt erkannt und wenn nötig zur weiteren Behandlung überwiesen

wird. Kieferfehlstellungen, wie Vorbiss oder Kreuzbiss, ich habe das nämlich am Handy drauf und habe die Brille nicht genommen, jetzt versuche ich das so deutlich wie möglich zu lesen. Da Kieferfehlstellungen wie Vorbiss oder Kreuzbiss erst ab dem vierten bis sechsten Lebensjahr behandelt werden, da nicht angelegte Milchzähne keine Therapie erfordern und da eine richtige zahnärztliche Untersuchung bei einem Zweijährigen sehr schwierig ist und im ungünstigen Fall sogar zu einer Traumatisierung führen kann. Ich weiß, es gibt sehr wunderbar geschulte auf Kinder spezialisierte Zahnärzte und Zahnärztinnen, aber wie gesagt, das ist die Rückmeldung aus dem Gesundheitsamt. Und zur Perzentillenkurve gibt es folgende Rückmeldung: Die Wiederaufnahme der Perzentillenkurve in den Mutter-Kind-Pass ist sehr leicht umzusetzen, dagegen spricht aber, dass diese, um gut lesbar und ausfüllbar zu sein, ein A4-Format benötigt und der Mutter-Kinder-Pass eben A6-Format hat. Das Ding also zweimal gefaltet werden müsste und je vier Versionen nötig wären, außerdem sind Perzentillenkurven Fix-Bestandteil der kinderärztlichen Patientenunterlagen, dann andererseits in jeder Praxis erhältlich und auch ganz einfach aus dem Internet beziehbar. Die Messdaten, also die Daten über die Weiterentwicklung von Gewicht, Größe usw. werden auch bei jeder Mutter-Kind-Untersuchung abgefragt und im Mutter-Kind-Pass vermerkt. Das heißt, die Zahlen über die Entwicklung hat man, es geht nur darum, diese Abbildung der Kurve dann nicht zu haben. Daher stellt sich die Frage, ob man für den vergleichsweise geringen Informationszugewinn eine deutliche Verdickung des Mutter-Kind-Passes... Also das ist eher eine Frage der Handhabbarkeit. Zum Thema Elternbildung brauche ich eh nichts sagen, da hat auch die Frau Vizebürgermeisterin schon gesagt, dass durch diese direkten Besuche der Schwangeren doch ein guter und ein erhöhter Zugang zu den Angeboten der Stadt festzustellen ist, aber natürlich ist es immer sinnvoll, das an den Bund noch einmal heranzutragen, dass der Bund da in diese Richtung auch noch einmal unterstützt, weil wir beide, nehme ich an, wissen noch, dass in der Zeit, als das Geld damals abgeschafft wurde zur Mutter-Kind-Pass-Untersuchung doch ein ziemlicher Anreiz leider auch weggefallen ist und dass es jetzt offensichtlich in den letzten Jahren ein Nacharbeiten

braucht, damit diese Angebote wirklich in Angriff genommen werden von den Eltern und ich sage bewusst von den Eltern, ich würde vielleicht auch dazu empfehlen, dass man vielleicht anregt, es Eltern-Kind-Pass zu nennen, weil es gibt doch ein paar wenige und doch vielleicht doch in Zukunft mehr Väter, die auch mit ihren Kindern zu diesen Untersuchungen gehen und vielleicht wäre es dann ein Anreiz, sich auch angesprochen zu fühlen, wenn es nicht nur Mutter-Kind-Pass heißt (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Ich möchte mich da auch anschließen dieser positiven Darstellung, das Jugendamt der Stadt Graz ist da wirklich vorbildlich, was da angeboten wird, danke auch dem Gesundheitsamt und ich möchte auch noch dankend erwähnen, wie gut unsere Taferlklassler untersucht werden. Die schulärztlichen Untersuchungen zu Schulbeginn, die sind österreichweit vorbildlich, aber gerade hier werden auch zahnärztliche Untersuchungen vorgenommen und wird festgestellt, dass es günstig wäre, das bereits früher zu tun. Es geht vor allem auch um Zahnhygiene. Also ich kann nur sagen von den Fachärzten, von den Kinderärzten, von den Zahnärztinnen und Zahnärzten ist dieser dringende Wunsch mehrfach schon geäußert worden. Und Mutter-Kind-Pass heißt der Pass wohl deshalb, weil ja nicht nur die Untersuchungen der Babys und Kleinkinder drinnen vorgesehen sind, sondern, ich habe da den Mutter-Kind-Pass meines jüngsten Enkelkindes, deswegen habe ich mich sehr genau schlau machen können. Die Untersuchungen beginnen mit dem Ende der 16. Schwangerschaftswoche bei der Mutter, das heißt, die Mutter wird untersucht und das Kind wird untersucht, da geht es jetzt nicht drum, wer mit dem Kind zur Untersuchung geht, sondern wer untersucht wird und das sind die Mütter und die Kinder, deswegen heißt der Pass Mutter-Kind-Pass. Zum Zusatzantrag, ja, Kinder, die nicht in Österreich geboren sind, wie gesagt, der Mutter-Kind-Pass ist ja nicht nur ein Untersuchungspass für die Kinder, sondern auch schon für die Mütter während der Schwangerschaft, müsste man da noch hinzufügen. Jedenfalls freue ich mich über breite Zustimmung

und hoffe sehr, dass diesmal der Bund unsere Initiative ernst nimmt und wir da weiterkommen im Sinne der jungen Familien. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Der Punkt 1) „Elternbildung“ wurde einstimmig angenommen.

Der Punkt 2) „Frühe Hilfen“ wurde einstimmig angenommen.

Der Punkt 3) „Zahnärztliche Untersuchungen“ wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Punkt 4) Perzentillenkurven wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

Der Zusatzantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

2) Tarifierhöhungen im Steirischen Verkehrsverbund

GR. **Eber** stellt namens von KPÖ und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eber**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf diesen Antrag einbringen. Jahr für Jahr steigen die Tarife für den öffentlichen Verkehr im Bereich des steirischen Verkehrsverbunds deutlich stärker an als die Inflationsrate. Dies ist nicht zuletzt der sogenannten

"Anpassungsklausel" im Kooperationsvertrag geschuldet: Demnach dürfen die steirischen Verkehrsunternehmen einmal pro Jahr die Fahrpreise maximal um das 1,75-fache des Verbraucherpreisindex anheben.

Nunmehr soll also, es war ja bereits auch... wurde auch in den Medien bereits darüber berichtet, der Preis für die Jahreskarte um 17 Euro, also von 399 Euro auf 416 Euro, per 1. Juli erhöht werden, dies entspricht einer Erhöhung von knapp 4,3 Prozent.

Die Jahreskarte für Grazerinnen und Grazer kann aktuell um 228 Euro angeboten werden, weil die Stadt Graz diesen Tarif mit 171 Euro unterstützt. Rund 35.000 Personen nutzten dieses Angebot bereits, von da her kann man durchaus von einer wahren Erfolgsgeschichte sprechen. Ich bin auch der Meinung, dass dieser Preis von 228 Euro attraktiv ist und nicht zuletzt aufgrund dieses Erfolgs auch beibehalten werden soll. Das würde natürlich umgekehrt bedeuten, dass wir hier eine höhere Stützung bräuchten.

Der dauerhafte Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel kann im Wesentlichen über zwei Schienen sozusagen erreicht werden. Zum einen durch ein gutes Angebot, hier zählen etwa kurze Intervalle und lange Betriebszeiten, dazu werden wir ja heute noch einen Antrag vom Kollegen Dreisiebner hören, es zählt aber auch der Komfort natürlich dazu, auf der anderen Seite sind aber eben die günstigen Tarife, die dazu führen, dass dieser Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel funktionieren kann. Damit kann ein Lenkungseffekt erzielt werden. Dies wäre nicht nur eine umweltfreundliche Maßnahme, Feinstaubthematik haben wir heute ja auch schon behandelt, sondern auch eine soziale: Mobilität für Menschen, denen es nicht so gut geht, wird dadurch leichter ermöglicht.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs und der Piratenpartei folgenden

dringlichen Antrag:

Möchte noch vorweg gleich darauf hinweisen, dass vom ursprünglichen Antragstext der zweite Teil sozusagen nach Rücksprache mit der Magistratsdirektion fehlt. Das wurde nunmehr gestrichen.

Der Antrag lautet also nun: Die Stadt Graz appelliert an die Vertreter und Vertreterinnen des Steirischen Verkehrsverbundes, die geplanten Tarifierhöhungen zurückzunehmen. Weiters soll eine Änderung des Vertrages dahingehend vorgenommen werden, dass Tarifierhöhungen über das Niveau des Verbraucherpreisindex hinaus in Zukunft nicht mehr möglich sind.

Ich ersuche um Annahme des Antrages nach Zuerkennung der Dringlichkeit. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Katholnig** zur Dringlichkeit: Wir werden dem Inhalt, der Dringlichkeit und dem Inhalt, zustimmen, weil wir meinen, dass in den vergangenen Jahren ja ohnehin mit dem Tarif über den VIP waren und wir ersuchen eben den Steirischen Verkehrsverbund, von einer Erhöhung Abstand zu nehmen (*Applaus SPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer! Ein Antrag, der uns auch jährlich beschäftigt. Ist natürlich an die ÖVP gerichtet, an die Finanzen, der Herr Stadtrat meldet sich dann vielleicht auch noch. Für mich verwunderlich, dass dieser Antrag zugelassen wurde, würde er jedoch eine Geldausgabe ohne eine entsprechende Bedeckung erfordern. Wichtiger ist aber, die Dringlichkeit ist nicht gegeben, es ist bereits eine Verbundreform im Gange, welche zukünftig die Entscheidung über Tarifierhöhungen wieder in die Hand der Gebietskörperschaften geben wird. Der Antrag, dem werden wir nicht zustimmen, sage aber auch, in der Zukunft können wir uns vorstellen, so wie er auch schon impliziert,

dass man in den Verhandlungen einbringt, dass nur mehr auf Höhe des VPIs angepasst wird, dass der Verbraucherpreisindex sozusagen das Normative ist, also die Ausgangslage, so wie wir es bei den Kanal- und den Müllgebühren ohnehin schon haben. Das wäre ein Vorschlag für die Zukunft und damit würden auch die jährlichen Debatten vielleicht hier herinnen nicht mehr stattfinden (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Hoher Gemeinderat, Herr Gemeinderat Eber, lieber Manfred! Dein Antrag ist nicht dringlich, sondern er ist leider zu spät. Und zwar hat der Verkehrsverbund gestern in der Lenkungsausschuss-Sitzung den Vorschlag der Verkehrsunternehmen zur Kenntnis genommen und damit gilt die Tarifierhöhung als angenommen, es wird auch der Grund sein, wieso wir von der ÖVP dem Antrag nicht zustimmen. Ich möchte trotzdem gerne ein paar Bemerkungen noch zu diesem Antrag oder auch zur Dringlichkeit stellen und zwar, weil es mir sehr wesentlich erscheint. Zunächst einmal der Hinweis, dass wir in der Stadtregierung beschlossen haben, dass die Jahreskarte insgesamt um 171 Euro subventioniert werden soll, das ist der Beschluss und so steht es auch im Budget drinnen, dass die Stadt Graz die Jahreskarte um 171 Euro subventioniert. Wir haben auch, kann ich mich sehr gut erinnern, in der politischen Diskussion diese 171 Euro begründet, das ist nämlich genau jener Betrag, der die Jahreskarte von der Halbjahreskarte unterscheidet. Das heißt, die politische Argumentation für uns, die verkehrspolitische, sozialpolitische, umweltpolitische war, wir wollen es den Grazerinnen und Grazern ermöglichen, zum Preis einer Halbjahreskarte die Jahreskarte zu erwerben, indem wir sie eben subventionieren. So haben wir es beschlossen, so steht es im Budget drinnen und deshalb kann ich jetzt eigentlich keine Begründung finden, wieso wir 17 Euro zusätzlich auf diese 171 Euro drauflegen sollen. Bitte nicht vergessen, die Jahreskarte ist ein riesiger Erfolg, wir haben 35.000 Stück verkauft, das heißt, eine Erhöhung der Subvention um 17 Euro würde über eine halbe Million Euro ausmachen. Davon würde ich jedenfalls abraten

und ich glaube, es ist auch in der Argumentation nicht erforderlich. Das, was wir uns aber überlegen könnten, das ist, dass wir bei den politischem Argument bleiben nämlich, dass wir versprechen, den Grazerinnen und Grazern die Jahreskarte zu einem Preis anzubieten, der der Halbjahreskarte entspricht, dass wir das aufrecht erhalten. Das wäre eine Subvention von zusätzlich vier Euro, die Jahreskarte soll ermäßigt 245 Euro kosten und die Halbjahreskarte 241 Euro. Das ist etwas, was wir uns durchaus überlegen könnten, kostet auch, wird in der Größenordnung von 120.000/140.000 Euro liegen, eine Finanzierung gibt es derzeit auch nicht, aber das könnten wir uns durchaus überlegen. Es müsste ohnehin, kann nicht jetzt beschlossen werden, sondern das müsste ein eigener Gemeinderatsantrag stellen, den wir uns für das nächste Mal überlegen können. Das würde ich einmal anbieten für die weitere Diskussion. Bezüglich des Vertrages, nämlich der Tarifierhöhung, dass wir das ändern, diese 1,75 %, da fehlt der Adressat bei dir, du appellierst an die Stadt, wir können da gar nichts tun mit der derzeitigen Rechtslage, sondern das ist Gegenstand im Kooperationsvertrag zwischen der Verbundgesellschaft und den Unternehmen, das kann auch nicht einseitig geändert werden. Mein Vorredner hat schon darauf hingewiesen, dass eine Verbundreform im Gange ist und da ist es tatsächlich vorgesehen, dass für die Tarifgestaltung wiederum die Gebietskörperschaften verantwortlich sind. Ob das so ein großer Fortschritt ist, weiß ich nicht, werden wir sehen. Ich wäre persönlich auch eher für das, was mein Vorredner gesagt hat, dass wir einfach die 1,75 % auf den VPI ändern, also nicht 1,75 % mehr, sondern auf den VPI und dann hätten wir durchaus eine Regelung, ich kann auch daran erinnern im Bereich des Wassers, Kanal usw. funktioniert das ganz gut. Soweit meine Stellungnahme dazu, wie gesagt Dringlichkeit nein (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner:** Sehr geehrte Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Gerhard Rüscher, ich danke dir für deine Ausführungen, du hast jetzt eigentlich viele

Argumente ins Treffen geführt, warum wir den Antrag, den dankenswerterweise der Manfred Eber eingebracht hat, doch beschließen sollten. Es ist zwar in der Formulierung natürlich jetzt... geht um die Zurücknahme, aber es geht um das Generalthema der 1,75-fachen Erhöhungsmöglichkeit im Bereich der Anpassungsklausel für den Verkehrsverbund und wenn dieser Diskurs im Gange ist und wenn das unter Umständen ja die Gefahr nehmen könnte, dass man in Richtung der Gebietskörperschaften wieder ganz eine unterschiedliche Preisgestaltung in der Steiermark bekommen und wir aber das nicht wollen, sondern einfach diese, wie du es auch ausgeführt hast, Gerhard Rüscher, diese Festlegung auf den VPI als Rahmen, dann wäre das eigentlich die Gelegenheit, dem hier ein bisschen Rückenwind zu geben. Zumal ich auch einen Zusatzantrag einbringen würde, der nicht nur den Verkehrsverbund adressieren mag, sondern im Sinne einer Petition die Landesebene, die Landesregierung adressieren mag, damit man in diese Richtung weiterverhandelt und politisch agiert. Ja, mir ist ganz klar Müllabfuhr, Sonstiges, Kanal usw. alles wird teurer, aber mir kann keiner erzählen, dass jetzt um 4 und noch was Prozent die Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den einzelnen Verkehrsbetrieben gestiegen sind, mir kann das auch keiner erzählen, dass sie die Einzigen sind, die scheinbar Treibstoffe teurer einkaufen, weil das war gerade im vergangenen Jahr, glaube ich, ganz tief unten und ich wüsste auch nicht, dass jetzt Fuhrpark oder sonstige Dienstleistungstätigkeiten in dem Bereich jetzt so über alle Maßen gestiegen sind. Also woher kommen diese 1,75fache VPI-Erhöhung, die da dem Ganzen zugrunde liegt und wieso gehen wir gerade auf die treuen Kunden, auf die Jahres-, Halbjahreskunden, wieso müssen Top-Ticket-BezieherInnen usw. da auch um einiges mehr bezahlen? Also das sind alles Fragen, die offen sind und wo ich mir es schon sehr wünschen würde, dass man hier dem einen Anschlag geben in Richtung des Landes Steiermark, aber auch natürlich in Richtung dessen, was der Manfred Eber will, in Richtung des Verbundes. Und die Jahreskarte Graz, das müsst ihr euch ausmachen im Budgetpakt, wie ihr das weiter macht, es ist ja heute auch nicht unbedingt Thema, ich mag nur eines darauf sagen, unser Problem, dass wir zu viel Kfz-Verkehr und zu wenig für die Stadt, zuwenig,

damit vieles gut funktioniert im Bereich des ÖV und Fahrradverkehr, haben, liegt ja auch ein bisschen daran, dass diese Jahreskarte Graz nicht für die EinpendlerInnen gilt, die aus anderen Bezirken, anderen Gemeinden kommen, aber auch leider nicht für GrazerInnen gilt, die zum Beispiel über die Zone 101 hinaus auspendeln und das sind ja auch nicht so wenige. Also viele, viele Gründe, lieber Gerhard Rüscher, vielleicht redest noch einmal mit deiner Fraktion, dass sie dem zustimmen in Dringlichkeit und Inhalt, Hauptantrag wie Zusatzantrag, ich ersuche noch einmal darum, danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Eber:** Der Kollege Karl Dreisiebner hat jetzt schon einiges vorweg genommen, von daher kann ich mich auch kurz halten. Lieber Herr Stadtrat Rüscher, du hast gesagt, es fehlt sozusagen der Adressat unserer Forderung, der ist hier genannt mit den VertreterInnen des Steirischen Verkehrsverbundes, der sozusagen quasi am Petitionsweg aufgefordert wird, diese Tarifierhöhung zurückzunehmen. Von daher, wenn es um die Rücknahme einer Tarifierhöhung geht, heißt das natürlich auch, dass es unseres Erachtens noch nicht ganz zu spät ist für einen derartigen Beschluss. Ansonsten, ich meine auch, natürlich kann man darüber reden und natürlich wäre es sinnvoll beispielsweise, wie es angeführt worden ist, die Jahreskarte zum Preis einer Halbjahreskarte anzubieten. Ich glaube aber, dass es hier vor allem in nächster Zukunft natürlich auch darum gehen muss, auch da zu einer gesamtsteirischen Lösung zu kommen, eben auch, wie es der Kollege Dreisiebner anklingen hat lassen, dass natürlich die Problematik besteht, was ist, wenn man über einzelne Zonen hinaus eine Jahreskarte benötigt? Ich glaube einfach, hier muss oder hier müssen wir durchaus gemeinsam auch Überlegungen anstellen, wie wir das voranbringen können, dass also der öffentliche Verkehr für die Menschen nicht nur in Graz, sondern in der ganzen Steiermark günstiger wird. Zum Schluss noch, das 1,75-fache genau, also ich halte das auch für einen sehr wichtigen Punkt, dass man das wegstreichen und das beispielsweise beschränken, wie es ja jetzt von einigen, glaube ich, gesagt worden ist, mit dem

Verbraucherpreisindex, dass es nicht darüber gehen darf. Wovor ich allerdings schon auch warnen würde ist, dass man so einen Automatismus da einführt, also das sollte auf keinen Fall geschehen, sondern wir müssen uns auch bewusst sein, dass natürlich der öffentliche Verkehr Geld kostet, aber das letztlich gut investiertes Geld ist für die Menschen in unserer Stadt, in unserem Land, für die Gesundheit, für die Umwelt, für das soziale Miteinander. In diesem Sinne ersuche ich natürlich noch einmal alle, in sich zu gehen und zunächst einmal der Dringlichkeit zuzustimmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 15.55 Uhr den Vorsitz.

3) Versorgung mit Postfilialen und -partnern in Graz

GR. **Sikora** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sikora**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! In der Fragestunde haben wir das Thema und die Problematik der Postamtsschließungen schon zur Sprache gebracht durch eine Anfrage vom Kollegen

Haßler. Auch der Bürgermeister bekundete die Dringlichkeit, die in der Stadt gegeben ist und darum zu meinem Antrag: Im Jahre 2013, bei der letzten größeren Welle von Postamtsschließungen im Grazer Raum, wurden allein fünf Filialen, wie bekannt ist, zugesperrt – und das in den dicht besiedelten Gebieten. Filialen in der Kasernenstraße, der Triester Straße, der Rösselmühlgasse, der Peter-Tunner-Gasse und der Straßganger Straße wurden geschlossen. Vor einem Jahr hat der Postpartner in der Nibelungengasse seine Pforten geschlossen und vor kurzem, das ist auch bekannt, der Postpartner in der Münzgrabenstraße. Nun steht auch das Postamt in der Kärntnerstraße 154 kurz vor dem Aus, das berichteten ja die Medien. Von einer „Stadt der kurzen Wege“ kann da keine Rede mehr sein. Weil die in § 7 Postmarktgesetz festgelegten Kriterien eine flächendeckende Versorgung mit Postgeschäftsstellen nicht oder nur unzureichend gewährleisten können, wäre eine Novellierung notwendig.

Der Personalstand nimmt beständig ab, der Arbeitsdruck massiv zu. Von 2002 bis 2014 ist die Anzahl der Postfilialen um 77 Prozent gesunken, der MitarbeiterInnenstand um 17 Prozent.

Gleichzeitig stieg aber der Gewinn von 28 Millionen im Jahre 2003 auf 197 Millionen, die Dividende pro Aktie von 0,51 EUR im Jahre 2003 auf EUR 1,95 im Jahre 2014. Von 2002 bis 2014 verzeichneten die Dividendenausschüttung ein Plus von 354 und die Vorstandsbezüge eines von 181 Prozent. Also hier zu keiner Relation zu den Schließungen.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der Bürgermeister der Stadt Graz wird damit beauftragt, noch vor der Sommerpause des Gemeinderats einen „Postgipfel“ einzuberufen mit dem Ziel, eine flächendeckende Versorgung mit Postgeschäftsstellen in Graz sicherzustellen. An ihm sollen jedenfalls VertreterInnen der Österreichischen Post AG, aller im Gemeinderat vertretenen

Parteien, der Grazer Bezirksräte sowie der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten teilnehmen. Bitte um Annahme (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Haßler** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Zuhörer auf der Zuschauertribüne! Die Probleme, die wir heute diskutieren, und, ich glaube, viele andere Probleme haben ihren Ausgangspunkt genommen vor eineinhalb Jahrzehnten, wie zwei Politiker im schwarz/blauen Porsche durch Österreich gefahren sind, eigentlich über Österreich drübergebraust sind, im Kofferraum haben sie einen Finanzminister gehabt, dessen eigenartige Auffassung, vor allem von seiner persönlichen Finanzgebarung, heute hier die Justiz beschäftigt und die Folgen haben die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land zu tragen, wir sehen es in Kärnten, da werden über Jahrzehnte hinweg noch die Tränen fließen aufgrund dieser Politik.

Zwischenruf: Was hat das damit zu tun?

GR. Mag. **Haßler**: Das hat sehr viel damit zu tun, glaube ich, weil ich weiß, dass ihr mit Kärnten nichts mehr zu tun haben wollt, das war vor eineinhalb Jahrzehnten noch ganz anders, da war Kärnten euer Vorzeigeprojekt. Jetzt wollt ihr es verleugnen. Die Probleme, die wir auch im Postbereich besprechen, haben auch mit dieser Zeit zu tun, damals haben diese Privatisierungen stattgefunden, damals wurde uns vorgegaukelt, dass alles schöner wird, dass alles besser wird, dass die Kunden es viel besser haben werden, damals wurde beispielsweise auch die Austria Tabak privatisiert. Wir wissen alle, was passiert ist, zehn Jahre später, wie dann die Garantie abgelaufen ist, waren

die Arbeitsplätze weg, war das Unternehmen weg und heute haben wir nichts mehr. Das sind die Folgen dieser Zeit und bei der Post ist es ähnlich. Bei der Post gibt es keine Postämter mehr, bei der Post gibt es jetzt Postpartner, also beim „Postgipfel“ würde ich auch nicht über Postpartner reden, ich will über eine ausreichende Versorgung mit Postämtern in Graz reden und die Folgen der Privatisierung, die kann man sehen, die VIP-Kunden der Post sind nicht mehr diejenigen, die jetzt Briefe aufgeben oder Pakete aufgeben, die VIP-Kunden sind die Aktionäre. Wenn ich die Aussage lese des jetzigen Konzernchefs Pölzl, der gesagt hat, die österreichische Post verfolgt weiterhin das Ziel, zumindest 75 % des Nettoergebnisses an die Aktionäre auszuschütten, dann weiß ich, wohin die Stoßrichtung geht, die geht nicht zu den Kundinnen und Kunden, die einen Brief aufgeben wollen, die geht in Richtung Aktionäre (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*). Und wenn der Herr Vizekanzler sagt, er möchte noch weitere Anteile der Post privatisieren, dann wird mir Angst und Bange, denn die Kundinnen und Kunden, auch die Grazerinnen und Grazer sie wollen keine Gewinnmaximierung von Aktionärinnen und Aktionären, sie wollen eine gute Versorgung und die ist bei weitem nicht mehr gegeben und wie es den Mitarbeitern geht, hat eh der Kollege Sikora auch sehr deutlich da klargemacht, die werden in sogenannten Karrierecentern gemobbt, teilweise mit 50 in die Frühpension gedrängt und die Zeche kann wieder der Steuerzahler zahlen. Das wollen wir nicht, deshalb höchste Zeit für einen „Postgipfel“ und eine ordentliche Versorgung in Graz (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ein KPÖ-Antrag, dem wir gerne zustimmen werden. War eben heute schon Thema in der Fragestunde, mein Klubkollege Berno Mogel und ich haben auch einen Antrag eingebracht, der eben auch vor allem die Poststellen Münzgrabenstraße und Kärntner Straße eben bewahren soll, dass da die Post verschwindet, dass man eben eine Versorgung findet. Wenn das ein verlässlicher Postpartner ist, soll es uns recht sein, aber wir wollen da auch dem

Bürgermeister eben den Rücken stärken und er soll da auch tätig werden, dass wir eine Postversorgung bekommen. Gründe sind genannt worden, Anrainer, Bezirke, die wachsend sind, ältere Personen, die eben für den täglichen Dienstweg oder ihren täglichen Weg zur Post finden sollen. Eine Bemerkung noch zum Kollegen Haßler, also das ist jetzt schon ein bisschen weit hergeholt, wenn der Dr. Haider heute schuld ist, dass in der Kärntner Straße die Post zugesperrt werden soll, also das ist ein bisschen sehr weit fantasiert (*Applaus FPÖ*).

GR. **Sikora:** Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist noch nicht ersichtlich, ob es eine breite Zustimmung gibt. Ich möchte an alle, die jetzt nicht gesprochen haben, trotzdem appellieren, diesem Antrag zuzustimmen. Ich glaube, der Herr Bürgermeister hat ja auch die Bereitschaft heute in der Fragestunde erklärt und gegeben, sich einzusetzen, dass eine postalische Versorgung im Grazer Großraum gegeben ist und flächendeckend auch Standorte geschaffen werden. Vielleicht nur zur Illustration, wir haben seinerzeit nur in der Peter-Tunner-Gasse ein Postamt gehabt und auch in Wetzelsdorf ein Postamt gehabt, in der Straßganger Straße diese zwei Postämter sind ja zugesperrt worden. Im Kerngebiet von Gösting bis zur Eggenberger Allee gibt es keine postalische Versorgung. SmartCity steht in den Startlöchern, kann man sagen, da entstehen tausende von Wohnungen, ebenso ist von der Burenstraße Postamt die Straßganger Straße, in diesem extrem großen Raum kein Postamt vertreten. Hier ist das Bauprojekt GreenCity heute schon genannt worden, aber ich sehe auch Reininghaus als Einzugsgebiet und wenn jetzt auch noch das Postamt in der Kärntner Straße gesperrt wird, also dann gute Nacht, Post. Und aus diesem Grund bitte ich um breite Zustimmung und möchte mich jetzt schon recht herzlich bedanken, falls es zu einer mehrheitlichen Zustimmung kommt. Danke (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Das ist einstimmig angenommen. Möchte jemand zum Inhalt sprechen, alles gesagt? Bis zur Kritik der Gewinnerzielung, wie wir gehört haben? Ist übrigens nur dann möglich, denke ich, wenn tatsächlich die Post auch die Wünsche der Kundinnen und Kunden betrifft, sonst kann sie überhaupt keine Gewinne machen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Parkraumüberwachung und polizeiliche Überprüfung

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA: Liebe Kolleginnen und Kollegen! In meinem dringlichen Antrag geht es um sicherheitstechnische Synergieeffekte, die sich aus der Überwachung der Autokennzeichen ergeben, die die Parkraumüberwachung im Rahmen ihrer Tätigkeit durchführt und diese Kennzeichen werden dann sofort an die Exekutive weitergeleitet. In Wien gibt es jetzt ein Pilotprojekt seit zwei Jahren und bei diesem Pilotprojekt werden von den Überwachungsorganen die kontrollierten Kennzeichen automatisch an die Polizeifahndungscomputer weitergeleitet. Und im Polizeifahndungscomputer werden sie überprüft und im Falle, dass es einen Fahndungstreffer gibt, werden sofort und automatisch die Polizeibeamten der Landesverkehrsabteilung verständigt und die setzen dann die notwendigen Maßnahmen. Also das Ergebnis dieses Projektes kann sich durchaus sehen lassen. In den letzten zwei Jahren hat es 440 gestohlene Fahrzeuge

haben sie entdeckt, 378 entwendete Kennzeichen wurden sichergestellt, 839 Fahrzeuge, die zur Fahndung ausgeschrieben waren, wurden gefunden, weil sie im Zusammenhang mit einer Straftat standen, ob Einbruch oder Raub, und bei 4.417 Fahrzeugen fehlte eine aufrechte Zulassung, hier wurden die Kennzeichen abgenommen und der Zulassungsschein entzogen. Und aufgrund dieser tollen Bilanz und aufgrund dieses tollen Ergebnisses, das natürlich dadurch entstanden ist, weil es eine enge und rasche Zusammenarbeit der MitarbeiterInnen der Parkraumüberwachung und der Exekutive gegeben hat, konnten natürlich auch andere schwer wiegende Verbrechen rasch geklärt werden beziehungsweise besser einer Lösung zugeführt werden. Zum Beispiel wurden Kennzeichen, wenn sie immer an bestimmten Tatorten öfter registriert wurden, aufgezeichnet und eben weitergeleitet. Wie gesagt, eine rasche Kooperation zwischen Polizei und Magistrat Wien hat das möglich gemacht und laut ExpertInnenmeinung ist die Parkraumüberwachungstätigkeit in Wien ein Best-Practice-Bespiel für eine gelungene Verwaltungsreform und ist ein innovativer Lösungsansatz.

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen prüfen, ob dieses in Wien verwendete Parkraumüberwachungssystem in Zusammenarbeit mit der Exekutive auch in Graz zur Anwendung gelangen kann. Ich bitte um Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Krotzer** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf namens der KPÖ-Fraktion sagen, dass wir diesen Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch dem Inhalt nach ablehnen und zwar aus zwei Gründen. Es sind natürlich die

Fahndungserfolge aus Wien aufgelistet, ich möchte allerdings auch eine zweite Zahl nehmen, dass in Wien jeden Tag bis zu 25.000 Fahrzeuge über diesem Weg kontrolliert werden und dass das Ganze weitere Überwachung des öffentlichen Raumes Vorschub leistet. Wir wissen alle, Datenschnüffelei durch staatliche Einrichtungen, auch durch Geheimdienste, durch Konzerne nimmt immer weiter zu und wir sind in der Situation schon, wo niemand mehr sagen kann, was wer über wen weiß und welche Folgen das auch bei jedem Einzelnen einmal haben kann. Insofern wissen wir, diese große Frage lässt sich auch im Grazer Gemeinderat so nicht lösen. Allerdings glauben wir, dass man der Tatsache auch nicht weiteren Vorschub leisten muss. Das ist der eine Punkt und der andere Punkt, und den halten wir auch für sehr entscheidend, dass es sich dabei letztendlich um eine Form von Privatisierung oder zumindest Ausgliederung polizeilicher Aufgaben handelt und wir meinen doch, die Fragen von Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung sollten in den Händen der Polizei bleiben und hier dieser sensible Bereich nicht weiter ausgedehnt werden kann, wo man am Ende auch nichts sagen kann, was da passiert. Insofern sind wir gegen diesen Antrag.

GR. **Pogner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Waltraud! Ich habe es dir ja im Vorfeld schon gesagt, das Beispiel Wien, da kann man ruhig auf die Einfahrtstafeln, die in Wien stehen, zu sprechen kommen: Wien ist anders. Wien ist zwar anders, aber trotzdem ähnlich wie in Graz. In Wien sind die Straßenverkehr, also die Personen, die den ruhenden Verkehr überwachen, auch Polizeibedienstete, das heißt, da gibt es eine Vernetzung innerhalb des gleichen Computersystems. In Graz passiert so etwas Ähnliches schon, aber anders herum. Uns gibt in Graz die Bundespolizeidirektion bekannt oder die Landespolizeidirektion bekannt, welche Autos, welche Kennzeichen gestohlen sind beziehungsweise wir erfahren über die Versicherungsstellen, welche Autos wo die Versicherung schon abgelaufen ist und dann wird das bei uns in das System eingespielt und wenn jetzt eine Parkraumüberwachungsperson ein Fahrzeug

entdeckt, das irgendwie verkehrswidrig abgestellt ist, dann wird das Kennzeichen eingegeben und dann poppt das, wie man so schön sagt, im Computer auf bei uns und dann sieht man, mit dem Auto ist irgendwas und dann wird die Polizei verständigt und die schreitet dann ein. Das heißt, das System gibt es bei uns auch schon, nur es läuft halt nicht so, dass zuerst bei uns eingegeben wird und dann bei der Polizei was aufpoppt, sondern umgekehrt, die Polizei gibt uns die Kennzeichen bekannt, die werden bei uns ins System eingespielt und dann, wenn irgendwas ist, dann können wir das genauso feststellen und dann wird das eben der Polizei gemeldet. Daher ist das für uns ganz und gar nicht dringlich und die Waltraud hat mir im Vorfeld erzählt, also man muss sich das vorstellen, wenn jetzt ein Auto gestohlen wird, wie schnell man dann das finden könnte. Da muss man jetzt einmal den Unterschied machen zwischen ruhenden Verkehr überwachen und zwischen einer kriminalistischen Fahndung, die man dann anlegt. Das eine ist eine Aufgabe der Polizei, die müssen dann fahnden nach einem Autodiebstahl oder Sonstigem und bei uns würden wir, wir würden das Auto ja erst erkennen, wenn ich jetzt ein Auto stehle und das dann verkehrswidrig irgendwo in der Blauen Zone ohne Kurzparkticket abstelle, dann käme man drauf. Also die Wahrscheinlichkeit ist, wenn ein Auto gestohlen wird, dass das dann noch irgendwie abgestellt wird, damit man dann ein Strafticket kriegt, eher gering gehalten. Daher, wie gesagt, für uns ganz und gar nicht dringlich, weil wir das System schon haben. Nur halt anders herum als in Wien. Daher von uns keine Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Moser**: Werte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder des Stadtsenates! Nachdem ich selbst Polizeibeamter bin, muss ich da ein paar Dinge korrigieren. Mein Vorredner hat das Wesentliche gesagt, aber es ist ja an und für sich Polizeisache, die Sachen zu erledigen und daher kann die Stadt Graz maximal die Polizei ersuchen oder den Weg, wäre vernünftiger als politische Partei, den Weg über Wien und über das Parlament usw. zu gehen. An und für sich ist

die Stadt Graz für das nicht zuständig und Überwachungs-, kriminalistische Tätigkeiten das können nur Polizeibeamte machen, weil die sind dazu befugt. Jede andere Überwachung ist nicht möglich und da hätten wir das größte Problem mit dem Amtsgeheimnis und es ist eine Menge Bürokratie für uns, das einzuhalten, und da bin ich auf Seiten der KPÖ, den Überwachungsstaat in dieser Form, wo er nicht notwendig ist, soll er nicht sein. Wir stimmen daher weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zu, nachdem es quasi der falsche Adressat ist als Erstes und zweitens, natürlich in Graz auch das kontrolliert wird, aber ganz anders, weil ja die Polizei an und für sich die Daten nicht hergeben darf, die Informationen nicht hergeben darf und ich sage euch eines, es ist da eine Menge Bürokratie dahinter, das Ganze zu überwachen. Also die Tätigkeit der Polizei intern zu überwachen, da können wir auf keinen Fall zustimmen, es fällt mir da auch der Zusatzantrag der Grünen auf, der ist praktisch völlig umsonst, der ist völlig konträr, das ist ein indirekter Angriff auf die Beamten. Ich sage euch eines, wenn ich heute eine Anfrage mache als Polizeibeamter, dann wird das dreimal geprüft, ich muss es mehrfach dokumentieren, nicht einfach, mehrfach dokumentieren und jeder kleinste Fehlgriff ist natürlich sofort eine Disziplinalgeschichte, jeder kleinste Fehlgriff und die Dinge lassen sich bis zu 15/20 Jahre im Computer nachvollziehen und das hat sich zur Gänze aufgehört, irgendwelche Dinge zu machen. Die letzte Verfehlung, die ich weiß, dass es disziplinäre Fahndungen in Graz gegeben hat, das ist zehn Jahre her, seitdem gibt es da absolut nichts. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Also wir haben im Vorfeld auch genau diese Frage von Datenschutz usw. intensiv diskutiert und problematisch gesehen, daher der Zusatzantrag mit den Erläuterungen. Aber jetzt, was du auch gesagt hast, dass der Weg in Graz ohnehin andersrum verläuft, sprich, dass die Information von der Polizei über gestohlene Autos an die Parkraumüberwachung kommt, denke ich, ist ein sinnvollerer Weg gegeben, das war uns vorher nicht bewusst, also wir werden daher euch auch folgen, diesen

Zusatzantrag zurückziehen, weil er damit dann nicht mehr notwendig ist. Wir hätten sonst dem Antrag aber auch nur zugestimmt, wenn eben diese Datenschutzsache geklärt wäre. Das war nicht gemeint als Pauschalunterstellung der Polizei, auch wenn wir natürlich immer wieder eine andere Position haben dazu als Sie, sondern auch, dass es die Information gibt, wie das heutzutage gewährleistet ist. Wir wissen alle, das hat der Kollege Krotzer auch schon gesagt, dass es trotz allem sehr viele Löcher gibt, durch die Daten immer wieder abgezapft werden und deswegen ist das eine wichtige Fragestellung. Aber eben mit der Begründung, dass an sich die Information über gestohlene Autos ohnehin schon weitergeht und man sich das miterspart, sämtliche Parkerinnen und Parker, auch wenn ich nicht davon betroffen bin, dauerhaft zu speichern deren Daten, denke ich, werden wir leider jetzt eben doch auch nicht zustimmen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA: Verwaltungsreformen werden gefordert, aber wenn es dann darauf ankommt, sagt man nein, das haben wir schon oder das brauchen wir nicht oder Datenschutz. Ich fange einmal bei der KPÖ an. Datenlage, Daten werden registriert, es ist so, dass die Daten auch bei der Parkraumüberwachung registriert werden, aber eben natürlich mit der entsprechenden Vorsicht und im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben. Ausgliederung, da kann ich dir einfach nicht folgen, was du da meinst mit Ausgliederung, weil von der Polizei kommen die Fahndungsnummern und das kommt dann automatisch wieder zurück. Also das ist ein sehr rasches System, kann ich nicht folgen. Harry, wir haben im Vorfeld schon gesprochen, du hast mir ja gesagt, dass es dieses System in abgewandelter Form gibt. Von der Polizei, also Punkt a nach Punkt b Punkt b, muss wieder nach a zurückschicken, was du aber jetzt nicht dazugesagt hast, den Zeithorizont. Der Zeithorizont ist eine Woche, gut, ich habe gedacht, das müsste schnell gehen, um auch einen Fahndungserfolg zu haben und da verstehe ich auch die Freiheitlichen nicht. Ich war immer der Meinung, euer Sicherheitsstadtrat ist ein ganz

ein flotter, so habe ich ihn eingeschätzt, aber wenn er sagt, eine Woche lasse ich mir Zeit, dann schaue ich erst, ja bitte, dann findest kein Auto mehr, dann ist das Auto irgendwo. Also da bin ich überrascht, aber bitte, ich nehme es zur Kenntnis und beim Harry habe ich auch in der Diskussion gesagt, Harry, du bist ja Personalvertreter, es wäre ja für die MitarbeiterInnen vom Parkraumservice ja viel einfacher, wenn das so eingespielt wird wie in Wien, als wenn sie da herumtelefonieren müssen, es ist ein zusätzlicher Aufwand und habe das nicht nachvollziehen können, ich kann es mittlerweile nachvollziehen, weil du natürlich auch in einer Leitungsfunktion bist und natürlich auch die Kostenkomponente siehst. Jetzt verstehe ich es zumindest, dass du dagegen bist, obwohl ich dich in der Sache selbst nicht verstehen kann und nicht nachvollziehen kann. Ich muss sagen, dass die Grünen dann auch umfallen, ja Verwaltungsreform wird nur immer gefordert, aber wenn es dann gute Beispiele gibt, machen wir es halt nicht. Bitte, ich sehe, dass ich keine Zustimmung bekomme und nehme das zur Kenntnis (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ) abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 16.30 Uhr den Vorsitz.

5) Kennzeichnungspflicht bei bearbeiteten Werbefotos

GR.ⁱⁿ **Katholnig** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtsenatsmitglieder, liebe Damen und Herren auf der Tribüne! Tagtäglich werden junge Mädchen und junge Frauen mit Werbefotos konfrontiert, mit Werbekampagnen konfrontiert. Mittlerweile ist es so, dass 80 bis 90 % der jungen Mädchen und jungen Frauen unzufrieden mit ihrem Körper sind. Auf der einen Seite boomen die Schönheitskliniken, die Schönheitssalons, wer es sich nicht in Österreich leisten kann, der fährt in die Nachbarstaaten wie Ungarn oder in die Slowakei. Verhaute oder wie auch immer Bilder sieht man tagtäglich in den Medien. Es herrscht ein enormer Druck in den Schulen, wenn du nicht Größe 32/34 hast, bist du nicht schön oder entsprichst du nicht dem Schönheitsideal. Und auf der anderen Seite, ja es heißt, das Elternhaus wäre schuld, die Ernährung wäre schuld, nur dem stimme ich nicht ganz so zu, ich glaube, dass wirklich gefakete Werbefotos oder Werbekampagnen sicher eine Hauptschuld sind, dass es so viel essgestörte Jugendliche gibt, auch mittlerweile Burschen, die halt auf der anderen Seite Anabolika zu sich nehmen, um Muskeln zu haben und um dem Schönheitsideal zu entsprechen. Ich weiß, dass man mit Werbefotos sehr viel machen kann. Ich habe ein Beispiel, das ist ein und derselbe Körper mit verschiedenen Gesichtern, kann man heute mit Photoshop alles machen und man glaubt, es ist echt, aber dass solche Models alle auch nicht den perfekten Körper haben und dass da sehr viel retuschiert wird, das wissen wir alle. Unsere Ministerin Heinisch-Hosek hätte ja einen Vorschlag, dass zukünftig internationale Werbekampagnen gekennzeichnet gehören, damit eben irgendwo sichtbar ist, dass dieses Foto nicht der Wahrheit entspricht. Wir haben heute vom Mutter-Kind-Pass gesprochen, wo es um die Gesundheit von kleinen Kindern, Kleinstkindern geht, aber ich glaube, auch die Gesundheit von größeren, von 16/17/18-jährigen, muss uns genauso wichtig sein und da ist genauso Wert darauf zu legen, dass die sich gesund weiterentwickeln und nicht irgendwelchen Schönheitsidealen, die es in Wirklichkeit nicht gibt, nacheifern. Wir

klagen zu Recht darüber, dass Virtualität Realitäten ersetzt, Stichwort Computerspiele, wie wollen wir erwarten, dass Menschen die Grenzen zwischen Virtualität und Realität erkennen, wenn wir diese Grenze nicht transparent und korrekt kennzeichnen und auch dafür steht diese Kennzeichnungspflicht. Man kann ja einmal so quasi mit einer Ampelschaltung versuchen, dass zum Beispiel Kennzeichnung für grobe Verletzungen oder grobe Veränderungen eines Fotos einmal da sind.

Daher stellen wir den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

im Namen der Sozialdemokratie:

Der Gemeinderat ersucht den Bundesgesetzgeber im Wege einer Petition dazu die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für bearbeitete Werbebilder zu schaffen. Ich ersuche um Annahme (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.30 Uhr den Vorsitz.

GR.ⁱⁿ **Thomüller** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Antragstellerin! Die KPÖ stimmt dem Antrag in Dringlichkeit und Inhalt zu, denn wir finden es sehr wichtig, frauenpolitischen Forderungen Gehör zu verschaffen und Ungleichbehandlung sichtbar zu machen. Frauen kommen in der Werbung und in den Medien oft nicht gut weg, da ist es richtig zu zeigen, dass diese Bilder wirklichkeitsfremd sind. Aufklärung darüber wäre auch in Schulen sehr

empfehlenswert, vor allem ist es uns wichtig, bestehende Frauenorganisationen zu unterstützen, zum Beispiel die Watch Group gegen Sexismus in der Werbung, aber auch Themen wie Frauenarmut und gerechte Löhne sind wichtig und sollten öfter Thema im Grazer Gemeinderat sein. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Also es freut mich, dass sie den Antrag eingebracht hat, leider ist die Alexandra ja heute krank und kann das nicht selber machen. Es ist ein wichtiges Thema, das wir auch immer, was auch schon du angesprochen hast über die Watch Group, als Werbe-Watch-Group hatten, das in allen möglichen Frauenberatungseinrichtungen durch Veranstaltungen usw. immer wieder Thema ist, diese schlimmen Vorbilder, angeblichen Idealbilder, die jungen Frauen und Männer, wie wir auch zum Glück im Antrag gehört haben, vorgegaukelt werden und die dazu führen, dass die Körper in einer schlimmen Weise zugerichtet werden, dass das Selbstbewusstsein in einer schlimmen Weise zugerichtet wird usw. Wir selber tun das wahrscheinlich, wenn ich jetzt nur denke an unsere Hochglanzbroschüren von Wahlkämpfen, in einem gewissen Ausmaß auch, aber ich denke, es ist gut, dass da trotzdem eine Regelung versucht wird. Wir wissen alle, das wird nicht von heute auf morgen das Problem lösen, da braucht es noch viel, viel mehr und auch Beispiele von anderen Körpern in der Werbung, aber es ist zumindest einer der vielen Schritte, die wir gehen sollten und deswegen unterstützen wir das natürlich sehr gerne (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Im Vorfeld habe ich schon gehört, dass die ÖVP und die FPÖ der Dringlichkeit und dem Inhalt nicht zustimmen werden, was ich irgendwo sehr traurig finde, weil es wirklich um junge Menschen geht. Aber ich danke der KPÖ und den

Grünen, weil das wirklich ein wichtiges Thema für uns ist und es darf nicht sein, dass im LKH bei den ganzen Kinderpsychologen die Wartezimmer überfüllt sind, weil so viele Kinder Essstörungen haben und da geht es nicht darum um irgendein Foto, da geht es darum um die Gesundheit von jungen Menschen und von jungen Frauen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Kindern

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Sehr geehrte Zuhörer, hoher Gemeinderat! Mein dringlicher Antrag: Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Kindern. Es vergeht kein Tag, wo wir nicht in den Medien von sexueller Belästigung oder Schlimmerem lesen. An die Silvesternacht, glaube ich, brauche ich nicht zu erinnern, Anfang Februar wird in Wien im Hallenbad ein zehnjähriger Bub vergewaltigt, von einem Iraker. Ein siebenjähriges Mädchen wird in einem Wiener Hallenbad sexuell belästigt und etliche weitere Vorkommnisse in Salzburg, Korneuburg usw. In Graz im Grenzbereich der Bezirke St. Peter und Waltendorf treiben offenbar unterschiedliche Männer mit Migrationshintergrund ihr Unwesen. Tatbestand sexuelle Belästigung beziehungsweise öffentlich geschlechtliche Handlung, die ÖWG, das ist die Wohngenossenschaft, warnt in der Siedlung mit einem Schreiben sogar, wo steht

Kinder, sollen nicht allein in den Wald gelassen werden. Da frage ich mich schon, wie weit ist es mit uns gekommen, ist das die erst kürzlich in Medien erwähnte Lebensqualität, die bei uns steigt? Da würde ich einmal die vielen jungen Familien in dieser Siedlung fragen, was die dazu sagen. Und vor etwa zwei Wochen, wie sicher bekannt, sexuelle Belästigung im Bad zur Sonne und die arme Frau dürfte da offenbar so inkorrekt behandelt worden sein, dass sie sich bemüßigt gefühlt hat, noch einmal eine Stellungnahme in der Zeitung dazu abzugeben. Das wundert mich allerdings nicht, wenn die einzige Reaktion der Holding, Tochtergesellschaft der Stadt Graz, darin besteht, die eigenen Mitarbeiter in interkulturelle Schulungen zu schicken. Bürgerbeteiligung wird ja bei uns und beim Herrn Bürgermeister sehr groß geschrieben. Es hat Bürgerbefragungen zur Umweltzone, zu Reininghaus gegeben, ich würde sagen, fragen wir da einmal die Grazer Bevölkerung, was sie für sinnvoller erachten, dass die Mitarbeiter der städtischen Bäder in interkulturelle Schulungen geschickt werden oder ob es nicht sinnvoller wäre, einen effektiven Sicherheitsdienst in den Bädern einzurichten und ein Hausverbot für Asylwerber auszusprechen, ohne ausgebildetes Betreuungspersonal (*Applaus FPÖ*)? Dass hier herinnen vor zwei Monaten der Herr Klubobmann Sippel einen ähnlichen Antrag gestellt hat, der abgelehnt wurde und es zu keiner Wortmeldung gekommen ist, das heißt, dass die Diskussion verweigert wurde, das finde ich demokratiepolitisch sowieso ziemlich bedenklich (*Applaus FPÖ*). Ich finde es auch etwas abgehoben. Wir haben ein definitives Problem und es wird sicher noch massiver werden. Mit diesen vielen jungen Männern aus arabischen Ländern, aus muslimischen Ländern, die in ganz anderen Wertegesellschaften aufgewachsen sind, die einfach mit unserer Freizügigkeit nicht umgehen können und es ist an der höchsten Zeit, die eigene Bevölkerung, und in diesem Fall eben die Frauen und die Kinder, zu schützen und da wären einfach Schulungen für das Personal in Schwimmbädern oder gebildete Baderegeln, das wird nicht ausreichen.

Deshalb stelle ich im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, sämtliche Möglichkeiten zur Einrichtung eines Sicherheitsdienstes in städtischen Schwimmbädern zu prüfen und das Ergebnis dem Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung mitzuteilen.
2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, ein Hausverbot für Asylwerber ohne entsprechend ausgebildete Betreuungspersonen rechtlich zu prüfen und sodann zu erarbeiten. Dieses Hausverbot wird umgehend für sämtliche Schwimmbäder der Stadt Graz sowie für öffentliche Sportanlagen, die mit einer Duschmöglichkeit ausgestattet sind, ausgesprochen.
3. Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, innerhalb seiner Ressortverantwortlichkeit in der Abteilung Grünraum und Gewässer eine Evaluierung sämtlicher Parkanlagen in Hinblick auf ausreichende Ausleuchtung unter Mitwirkung der Bevölkerung mittels einer Online-Umfrage zu erstellen und dem Gemeinderat vorzulegen. Die Evaluierung hat auch – wie das Beispiel Volksgarten zeigt – Beleuchtungskonzepte mit alternativen Systemen wie etwa lautstärkeempfindlichen Beleuchtungskörpern zu beinhalten.

Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl** zur Dringlichkeit: Frau Gemeinderätin! Erlauben Sie mir, dass ich gleich auch als Bürgermeister und angesprochener Stadtsenatsreferent zur Dringlichkeit spreche und ein paar Antworten dazu gebe. Das Erste ist einmal, dass wir in Graz, und wir haben erst in dieser Woche eine BürgerInneninformation in der Messe gehabt, die

war nicht einfach, aber, glaube ich, auch sehr, sehr notwendig. Bei dieser Informationsveranstaltung haben auch die Verantwortlichen der Polizei, auch darüber hinaus viele andere, gesagt, dass Gott sei Dank die Dinge, die in Deutschland und in anderen Städten, auch in Österreich vorgekommen sind, in Graz in der Form nicht vorgekommen sind. Das ist sehr erfreulich und zeigt vielleicht auch wieder einmal, wie notwendig es ist, nicht nur von heute auf morgen, sondern über Jahrzehnte hinweg das Thema Integrationsarbeit ernst zu nehmen, gut zu verankern, auch in der Stadtregierung, sei es als Querschnittsmaterie oder im Besonderen auch in der Verantwortung ganz oben beim Bürgermeister oder beim Landeshauptmann oder noch weiter auch auf der Bundesebene, dass sich alle hier auch einbringen und was tun. Wenn Sie jetzt herauskommen, Frau Gemeinderätin, geht es schon wieder ein bisschen darum zu sagen, da ist eine Gefahr und wir müssen auf diese Gefahr aufmerksam machen und wenn was passiert, haben wir es immer schon gewusst. Ich möchte Ihnen sagen, die Gefahren haben wir erlebt, über Köln und über die Städte sind wir alle entsetzt, ich finde es nur sehr, sehr positiv und ich möchte das da hier erwähnen, dass die Integrationsmaßnahmen, die wir in Graz gesetzt haben, noch keinerlei Auswüchse wie in anderen Städten erfahren haben. Das trifft im Übrigen nicht nur bei sexuellen Übergriffen etc. zu, auch heute haben wir die Kriminalstatistik Österreichs serviert bekommen, auch die Kriminalstatistik in der Steiermark und es wurde heute auch sehr klar von Seiten der Polizei gesagt, der Herr Komericky hat heute eine Pressekonferenz gegeben, dass es trotz der vielen Flüchtlinge, gerade weil so viele in der Steiermark waren, wir haben, glaube ich, über 220.000 Personen, wenn ich mich jetzt richtig erinnere, im vergangenen Jahr in unserem Land gehabt. keine signifikanten Veränderungen in der Kriminalarbeit zu bemerken waren und man eigentlich sagen kann, dass die Flüchtlinge das Kriminalitätsaufkommen in der Steiermark nicht vergrößert haben. Man muss sehr genau hinschauen, wo auch mehr passiert ist etc. Es sind besonders stärker die Einbrüche in Häuser und in Wohnungen vorgekommen, in vielen anderen Bereichen hat es aber sogar eine Verbesserung gegeben. Und jetzt komme ich zu Ihren angesprochenen Punkten, die sind mir schon wichtig. Ich möchte

Ihnen nämlich sagen, Sie kommen jetzt und sagen, das ist alles dringlich und ihr habt zu tun und bitte macht es. Der Herr Bürgermeister und andere sollen sofort wieder einmal machen, obwohl man in den eigenen Reihen, und darauf habt ihr Wert gelegt, auch einen Sicherheitsstadtrat hat, der hier durchaus auch tätig werden könnte und sich vor allem auch erkundigen könnte, lieber Herr Stadtrat Mario Eustacchio.

Zwischenruf StR. Mag. (FH) Eustacchio: Du wirst es mir erklären.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, ich weiß, ich muss es ja leider wieder tun, weil vorinformieren könnte man sich ja auch. Es ist halt einmal so, dass wir nicht auf einen Antrag der freiheitlichen Partei in diesem Gemeinderatssaal warten müssen, sondern es ist so, dass in unseren Abteilungen, auch in unserer Holding und im Speziellen im Freizeitbereich, massiv daran gearbeitet wird, dass es so etwas eben bei uns möglichst nicht gibt. Hundertprozentige Garantie für Menschen kannst du nicht übernehmen, aber ich will Ihnen jetzt sagen, was wir alles tun, weil es so geheißen hat, die machen jetzt schon wieder da drüben nur eine Einschulung für Mitarbeiter, damit sie quasi auf die Damen und Herren, die zu uns kommen, Rücksicht nehmen, das stimmt so nicht. Ich darf Ihnen sagen, was wir da alles tun und zwar ohne Aufforderung durch Sie. Schon seit Jahren setzen wir in der Sommersaison besonders an frequenzstarken Tagen Sicherheitsfachkräfte zu verstärkten Kontrollen in den Grazer Freibädern ein. Darüber hinaus haben wir im Sommer 2015 das eigene Personal und den Einsatz von externer Security entsprechend aufgestockt. Folgende Maßnahmen werden auch im heurigen Jahr umgesetzt werden: Weiterer vermehrter Einsatz von Sicherheitspersonal, wo und wann notwendig, Gespräche sind im Laufen und es kommt, wenn ich so sagen darf, in den Bädern ja nicht nur zu diesen Bedrohungsszenarien, sondern, wenn ich so sagen darf, vom Diebstahl bis zum Raufhandel, es sind Gott sei Dank viel mehr Menschen in

den Bädern, deshalb müssen wir auch das Sicherheitspersonal aufstocken. Schulungen der Badeaufsicht durch die Eggenberger Polizeistation, um den MitarbeiterInnen die Grundlagen für das entsprechende Verhalten zu vermitteln und zu trainieren. Schulungen aller MitarbeiterInnen, interkulturelles Verständnis und die Aufmerksamkeit für verschiedenste Verhaltensweisen zu schärfen, dass man genauer hinschauen kann. Badeordnung in klar verständlicher Diktogrammform und Übersetzung in Sprachen Englisch, Französisch und Arabisch. Vorabinformationen über Badeordnung und geforderte Verhaltensweisen in Zusammenarbeit mit der Caritas und Jugend am Werk an betreute Gruppen von MigrantInnen und an erreichbare Asylantenunterkünfte. Österreichweit, und das möchte ich auch sagen, also es braucht nicht den Antrag der freiheitlichen Partei, findet derzeit federführend über die Initiative der Freizeit Graz GmbH eine Abstimmung in obigen zitierten punktuellen Themenbereichen statt, der in verschiedensten Medien unterschiedlich dargestellte Sachverhalt über einen Vorfall im Februar 2016 im Bad zur Sonne stellt sich wie folgt dar, aus der Sicht unserer Holding und der Freizeit.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Ich würde die Betroffene fragen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, ich sage Ihnen nur, die Betroffene auch, das ist auch gar kein Thema und es kann auch Übergriffe geben, aber ich sage Ihnen jetzt, wie es sich dargestellt hat und wenn es nicht stimmt, können wir gerne auch darüber debattieren. Eine Gruppe von vier Asylwerbern, einer Person wurde aufgrund der fehlenden Badekleidung der Zutritt zum Areal verwehrt, war vor Ort im Bad zur Sonne. Einer der Asylwerber hat den Bereich der Damen-WCs und Damen-Duschen betreten, die Badeaufsicht, die die drei Personen beobachtet hat, hat entsprechend im

Duschbereich umgehend eingegriffen und den Gast darauf hingewiesen, dass die Damenbereiche für Männer ein No-Go sind und den Gast in den Badebereich zurückbegleitet. Ein weiteres Gespräch mit dem Asylwerber und der im Duschbereich befindlichen Dame hat im Beisein der Badeaufsicht stattgefunden. Es hat keinen sexuellen Übergriff gegeben. Das ist einmal wichtig, damit man einmal sagt, wir arbeiten längst daran, es braucht heute keinen dringlichen Antrag in diesem Punkt. Die zweite Geschichte, die zuständigen Stellen werden beauftragt, ein Hausverbot für Asylwerber ohne entsprechend ausgebildetes Betreuungspersonal rechtlich prüfen zu lassen. Heißt das jetzt, das müsst ihr euch einmal in der Praxis ein bisschen vorstellen, geht dann ein Security-Mitarbeiter im Sauna-Bereich mit Uniform mit hinein oder wie soll das tatsächlich dann ausschauen? Ich möchte das schon einfach einmal sagen, wir haben nicht nur ein Schwimmbad, wo man am Sprungturm steht, der einsichtig ist, sondern das ist ja auch...

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: In Korneuburg haben sie es gemacht und da ist ein ÖVP-Bürgermeister.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich wünsche viel Spaß dabei, wir haben, glaube ich, wir tun uns sehr schwer, hochbewaffnet in die Sauna mitzugehen und die dritte Geschichte ist aus meiner Sicht und ich glaube auch aus der Sicht vieler deswegen auch nicht dringlich, weil wir gerade auch wieder an einem Sicherheitskonzept arbeiten, da geht es nicht nur im Bereich von Grünraum und Gewässer, sondern da werden wir alle miteinander uns auch vermehrt wieder was einfallen lassen müssen für den ganzen öffentlichen Bereich, auch hier gibt es eine Zuständigkeit mit unseren Aufsichtsorganen, die wir

auch selber innerhalb der Stadt Graz haben und deswegen ist dieser Antrag für uns nicht dringlich (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Danke, Herr Bürgermeister! Zu behaupten, wie gesagt, vorhin schon alles sei in Ordnung und es ist gar nicht so schlimm, ist einfach in meinen Augen abgehoben. Die Dinge in St. Peter, ich wohne dort in Waltendorf, die existieren, die Frauen haben Angst, wir haben so eine Resonanz auf unsere Selbstverteidigungskurse, das ist enorm. Zur Situation im Bad zur Sonne, die Dame dort, wie schon erwähnt, hat da offenbar eine andere Sicht zu den Dingen und sie hat sich dort absolut belästigt gefühlt und wenn man ihren Artikel in der Zeitung gelesen hat, zu dem wie es vorgefallen ist, ist sie offenbar nicht gehört worden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Haben Sie mit ihr gesprochen?

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Ja, wir waren in Kontakt. Es scheitert auch an der Kommunikation, weil sie hätten ja im Jänner schon zum Dringlichen von Herrn Klubobmann Sippel sich erklären können, dann hätten wir den heutigen ja gar nicht gebraucht. Und noch möchte ich dazusagen, dass es schon eine Gesamtfehlpolitik Ihrer Partei auf Bundes-, auf Landes- und Stadtebene gibt, dann hätten wir sehr viele dieser Probleme nicht (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Den Krieg in Syrien zu beenden, wäre wahrscheinlich der wichtigste Auftrag überhaupt. Noch einmal, wir arbeiten ununterbrochen dran, wir verstehen Ängste und Sorgen...

Zwischenruf StR. Mag. (FH) Eustacchio: Es gibt... grüne Schlepper, das ist Fakt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Stadtrat, was ist ein Fakt?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Das Grüne beteiligt waren beim Schleppen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Bei welchem Schleppen? Ich glaube, es ist ein viel zu ernstes Thema, ich möchte das jetzt sagen, es ist ein viel zu ernstes Thema und das sollten wir möglichst sachlich diskutieren. Die Schwierigkeit ist, dass immer die Emotion in einem besonderen Ausmaß dazukommt und noch schwieriger ist es, und das ist auch der Vorwurf jetzt, wenn ich so sagen darf, auch an Sie, Frau Gemeinderätin, dass Emotion dann immer noch geschürt und verstärkt wird. Und wenn Sie heute hier hereinkommen und sagen, es wird nichts getan und ich Ihnen jetzt sage, wir tun und wir arbeiten und Sie daraufhin wieder zur Antwort geben, es ist aber verfehlte Politik, weil nichts passiert, dann stimmt das nicht. Wir sind verantwortlich für den Raum Graz und in Graz arbeiten wir dran, niemand von uns kann die Hand für alle Menschen, wenn

ich so sagen darf, ins Feuer legen und wir wissen auch, und deswegen bitte heute auch, den Kriminalitätsbericht der Polizei sich noch einmal ganz genau anschauen, du hast, wenn ich so sagen darf, überall auf der Welt Menschen, die guten Willens sind und überall auf der Welt auch Menschen, die niemandem Gutes wollen und deswegen darf man nicht dauernd hergehen und sagen, all das, was jetzt passiert bei uns, ist einer Gruppe in die Schuhe zu schieben, das hatten wir in der Geschichte schon zu oft und führt dann zu Ängsten, führt dann letzten Endes zu noch mehr Emotionen und dann zum Schluss hast du keine so sachliche Herangehensweise an die wichtigsten Themen. Und darum möchte ich Sie auch künftig ersuchen, wenn es so ein Problem gibt, schauen wir es uns an, ich habe überhaupt kein Problem, das auch noch einmal mit der Dame, die belästigt wurde und unseren Mitarbeitern letzten Endes zu klären. Aber ich denke mir, dass der Bericht, den wir heute bekommen haben, jetzt einmal durchaus auch zu glauben ist und wenn das nicht der Fall ist, dann bitte ich Sie, dass Sie mit der Damen zu mir kommen, dann werden wir das ausreden und schauen, ob unsere Damen und Herren in den Bädern nicht ordnungsgemäß gehandelt haben. Ich freue mich, dass es sofort bemerkt wurde, dass das, wenn ich so sagen darf, dann auch zu keiner Komplikation und zu keinem sexuellen Übergriff geführt hat. Dass das lästig ist, wenn jemand in eine Dusche hineinkommt, braucht man gar nicht reden und hat auch nicht stattzufinden, aber deswegen tun wir schon viel.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Erhalt des Standortes LKH West – Petition an das Land Steiermark

GR. Mag. **Moser** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Moser**: Werte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtregierung! Uns geht es um den Erhalt des Standortes des LKH West und wir ersuchen um eine Petition an das Land Steiermark und deshalb stellen wir diesen dringlichen Antrag. Wie seit langer Zeit bekannt ist, wird über das Gesundheitssystem in der Steiermark, aber auch österreichweit diskutiert und hier werden Einsparungen versucht, also reinzubekommen und das ist richtig so, dort wo es notwendig ist, soll gespart werden, aber der Gesundheitssektor ist etwas sensibler. Speziell im städtischen Raum, wie wir es hier haben im LKH West, hat es unlängst Zeitungsberichte gegeben, da hat es vorher schon zur Zeit der Landesrätin Edlinger-Ploder Diskussionen gegeben, ob das LKH West von den Barmherzigen Brüdern übernommen werden soll und viele andere Diskussionen. Nun hat sich die Bevölkerung wieder zu Wort gemeldet auch bei uns und hat uns mitgeteilt, dass da wieder Diskussionen sind, Überlegungen des Landes Steiermark sind, also weitere Reformen sollen hier kommen und es soll das LKH West zum LKH Süd abgesiedelt werden. Das soll nicht unmittelbar jetzt passieren, aber in nächster Zeit. Dazu kommt in Eggenberg noch, dass die Barmherzigen Brüder vermutlich absiedeln oder eine Veränderung machen mit ihrem Krankenhaus, in der Marschallgasse wurden oder werden an die 30 Millionen Euro investiert und hier findet auch eine Reduktion der Gesundheitsversorgung statt. Wir Eggenberger sind ein wenig empfindlich, nachdem das Bezirksamt geschlossen worden ist, nachdem die Polizei aus Eggenberg auch ausgesiedelt ist usw. und daher reagiert die Bevölkerung auch etwas schneller. Es ist eine wunderbare Synergie, dass es hier das UKH gibt und das LKH West gibt und da sind hier große Einsparungspotentiale und das ist auch ein Bereich der kurzen Wege. Zusätzlich ist zu erwarten, dass wir stärker wachsen in Eggenberg, die SmartCity wird gebaut, Reininghaus soll gebaut werden und das ist unmittelbar auch bei Reininghaus,

ist das Konzept der kurzen Wege. Den Rest kann man dem Motivenbericht entnehmen, ich komme jetzt also zum Antrag direkt.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die dafür zuständigen Stellen des Landes Steiermark – im Besonderen Herrn Landesrat Mag. Drexler – am Petitionswege um die Erstellung eines Untersuchungsberichtes, in dem sämtliche Szenarien – inklusive der sich ergebenden Auswirkungen auf das UKH – analysiert werden. Sollte diese Untersuchung zum Ergebnis kommen, dass mit einer Absiedelung des LKH West die Standortsicherheit des UKH nicht mehr gewährleistet werden kann, so ist von einer Verlegung des LKH West Abstand zu nehmen. Das Untersuchungsergebnis wolle dem Gemeinderat der Stadt Graz alsbald zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Ich bitte um Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Heinrichs** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Kollege! Es kann auf keinen Fall überraschen nämlich die Stellungnahme der KPÖ, daher gleich vorweg, die KPÖ stimmt dem Antrag, der absolut dringlich ist, ganz selbstverständlich und voll des Inhalts zu. Wie im zweiten Absatz schon ausgeführt, ist der Spitalsschwerpunkt Eggenberg in seiner Anlage und auch in seinem Konzept tatsächlich modellhaft und soll aber laut Plan eben bald schon zur Geschichte geworden sein. Und wie Sie ebenfalls auch nach unserer Meinung ganz richtig darlegen, wäre es nur allzu angebracht, den Schwerpunkt Eggenberg beizubehalten, denn immerhin sind zwei neue Stadtteile im Umfeld sozusagen im Begriff, geboren zu werden, im Begriff zu entstehen. Die KPÖ tritt grundsätzlich gegen jegliche Spitalsschließung ein und auch auf den Plan, denn diese als solche bezeichneten Einsparungen ziehen ja bekanntlich einen ganzen Rattenschwanz an massiven Problemen hinter sich her, in Klammer Landflucht, mit allen Auswirkungen

und stellen in der Folge und in Wahrheit ja einen riesigen Kostenfaktor dar. Am 15.3. um 18.59 Uhr schreibt uns die Kleine Zeitung online, dass durch Herrn Landesrat Drexler die Schließungspläne bis 2035 bestätigt sind, bei vertraulichen Konzepten zugunsten von Qualität und Sicherheit und dass weniger mehr ist usw. Das, sehr geehrte Damen und Herren, ist etwas, was man tatsächlich fürchten sollte. Jedenfalls war die KPÖ bereits im 2013er-Jahr am Posten, als damals, und das ist jetzt auch schon angeklungen, dieses sogenannte Reformstück im Raum gestanden ist, nämlich das LKH West zu schließen, dass die Barmherzigen Brüder dieses übernehmen, dass es also privatisiert wird und damals hat es bereits seitens der Belegschaft, seitens des Betriebsrates und der Anstaltsleitung im LKH West eine große Initiative gegeben, der die KPÖ natürlich sich angeschlossen hat, indem Unterschriften eben gegen diese geplante Privatisierung und Schließung gemacht wurden. Daher noch einmal unsere Zustimmung, danke für die Initiative und danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera**: Hohe Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste! Gesundheit und das Gesundheitssystem sind ein heikles Thema, weil Gesundheit alle angeht und wir alle möglichst gut versorgt sein wollen. Aber auch zu dem Thema muss man die Emotionen niedrig halten und auf der Sachebene bleiben. Deshalb möchte ich den Gesundheitslandesrat, der im Zuge der Beantwortung der dringlichen Anfrage mit dem Titel „Drohender Kahlschlag im steirischen Spitalswesen“, der von der FPÖ in der Landtagssitzung am 15. März, vorgestern eingebracht wurde, zitieren. Ich zitiere: „Unter Bezugnahme auf das Regierungsübereinkommen von SPÖ und ÖVP für die 17. Gesetzgebungsperiode, welches unter anderem die Neuordnung der Spitalslandschaft in enger Abstimmung mit dem niedergelassenen Bereich beinhaltet, sowie vor dem Hintergrund der geltenden Vereinbarungen zur Reform des Gesundheitswesens und der Zielvereinbarungen auf Bundes- und Länderebene

ergeben sich kontinuierlich notwendige Überlegungen zu Veränderungen in der Struktur der Versorgungslandschaft. Der sich ständig ändernde Bedarf der Gesellschaft, die Entwicklung der medizinischen (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*) und technischen Möglichkeiten bei der Versorgung von Patientinnen und Patienten, die finanziellen Gegebenheiten, das neue Krankenanstaltenarbeitszeitgesetz, die Verfügbarkeit von Ärztinnen und Ärzten beziehungsweise Pflegepersonal und zahlreiche weitere Aspekte erfordern eine dauerhafte Reflektion der Rahmenbedingungen und eine adäquate Reaktion darauf. Um nicht nur zu reagieren, sondern vorausschauend gestalten zu können, ist es wichtig, sich Gedanken darüber zu machen, wie die Gesundheitsversorgung in Zukunft aussehen soll und wie Verantwortlichkeiten, Rollen, Aufgaben und Ziele definiert und zugeteilt sein sollen. Diese Überlegungen bilden maßgeblich den Rahmen für meine konkreten Überlegungen, wie die Gesundheitsversorgung für Steirerinnen und Steirer in 20 Jahren gestaltet sein soll. Ein derartiger Planungsprozess kann und wird jedoch nur in einer breiten Diskussion unter Einbindung aller relevanten Partner im Gesundheitssystem sowie der regionalen Verantwortungsträger erfolgen. Dass dabei auch Standortfragen zu beantworten sein werden, liegt wohl auf der Hand. Zum heutigen Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass es zu einer Reduktion von Spitalsstandorten kommen wird. Für kein Spital kann eine Standortgarantie abgegeben werden. Das ehemalige LKH West ist aus organisatorischen Gründen gemeinsame Anstaltsleitungen, Synergien usw. bereits seit 1.1.2015 in einem Spitalsverbund mit dem ehemaligen Sigmund-Freud-Krankenhaus, heute LKH Graz Südwest, Standort West, LKH Graz Südwest, Standort Süd. Was die Belange und zukünftigen Wünsche des UKH anbelangt, muss darauf verwiesen werden, dass die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt als Betreiber des Unfallkrankenhauses als Selbstverwaltungskörper nicht im Einflussbereich des Landes Steiermark unterliegt. Sicherheit und Qualität, die Prämissen, die bei einer künftigen Neuordnung der steirischen Spitalslandschaft im Vordergrund stehen, sind klar. Warum? Zum Ersten, das Spitalsystem ist hundert Jahre alt, die Rahmenbedingungen haben sich aber

wesentlich geändert. Die Menschen werden älter, die Krankheiten sind andere, Multimorbidität und chronische Erkrankungen sind viel häufiger geworden. Die Medizintechnik erlebt einen rasanten Fortschritt. Um in der aktuellen Gesundheitsversorgung fit zu bleiben, muss man sich den aktuellen Gegebenheiten anpassen und vor allem vorausschauend planen. Mitte 2021 wird das Krankenanstaltenarbeitsgesetz in vollem Umfang schlagend. Was heißt das? Zur Aufrechterhaltung von einem Dienstrad, 24-Stunden-Dienst, zur Aufrechterhaltung einer Abteilung waren bis zur Einführung dieses Gesetzes 6,4 Vollzeitäquivalente notwendig, Mitte 2021 sind für die gleiche Bespielung 11,6 Vollzeitäquivalente notwendig. Das würde steiermarkweit bedeuten, dass die KAGES 550 Ärzte und Ärztinnen aufnehmen müsste. Abgesehen davon, dass das finanziell nicht zu machen ist, gibt es diese Anzahl von Ärztinnen und Ärzten am Markt überhaupt nicht, da das Krankenanstaltenarbeitszeitgesetz Gesamt-Österreich betrifft und nicht nur die Steiermark“, Zitat Ende. Als Medizinerin muss ich dazu sagen, ich erlebe tagtäglich, dass sich nicht nur die Demographie und das Alter der Bevölkerung geändert hat, sondern im Krankenhausbereich die Anforderungen anders geworden sind und die Erkrankungen sich geändert haben und daher vielfach in den Krankenhäusern Leistungen erbracht werden, die gar nicht wirklich in den Bereich der Medizin fallen, also in einem Krankenhaus behandelt werden müssten, sondern vielfach in den Bereich der Pflege und deshalb ist ein Umdenken dringend erforderlich und dieses Umdenken ist bereits im Gange. Und ich möchte da wirklich eine Lanze für das Team des Gesundheitsressorts im Land brechen, weil da werden wirklich ernsthafte Überlegungen angestrebt und man kann die Sache nicht darauf aufhängen, dass alle Spitäler so, wie sie jetzt sind, in alle Ewigkeit bestehen müssen, es ist ein grundlegendes Umdenken im Gange und aus diesem Grund werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA: Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte ZuhörerInnen auf der Galerie! Meine Vorrednerin hat schon gesagt, es ist ein sensibles Thema, es ist ein sehr komplexes Thema. Gesundheit ist unser höchstes Gut und Sie kennen das Sprichwort „Der gesunde Mensch hat tausend Wünsche, ein Kranker hat nur einen Wunsch“, und deshalb müssen wir das sachlich diskutieren und es braucht einen Rahmen und wir seitens der SPÖ haben da drei klare Zugänge. Wir möchten Qualität und Patientensicherheit, wir möchten einen niederschweligen Zugang und wir möchten, dass die Leistungen dort erbracht werden, wo sie am besten erbracht werden können, da schließe ich bei der Daisy Kopera an, die gesagt hat, es sind sicher Veränderungen aufgrund der demographischen Entwicklung notwendig. Aber man denkt sich, ja das Krankenhaus, da werden wir gesund, ja in Einzelfällen schon, aber die Gesundheit oder der Erhalt der Gesundheit beginnt im sozialen Umfeld und der größte Risikofaktor, krank zu werden, ist Armut und deshalb bin ich stolz in einer Stadt leben zu können, wo wir eine SozialCard haben, wo wir für diese Menschen, die finanziell nicht so gut ausgestattet sind, dass wir da ein breites Angebot haben, auch kulturell, weil das natürlich auch eine Gesundheitsförderung darstellt. Eine Krankenhausschließung stellt immer eine ultima Ratio, also den letzten Schritt, dar. Und ich glaube, es macht sich niemand leicht, da ein Konzept zu erstellen, sondern es braucht den Blick der Veränderung und ein klares Konzept, wenn ein Krankenhaus geschlossen werden sollte, was dann an die Stelle des Krankenhauses tritt. Ich kann nicht nur das Krankenhaus und die ambulanten Versorgungen betrachten, ich muss die ambulante Versorgung mitbedenken usw. Es braucht ein Gesamtkonzept mit Strukturen und eines möchte ich da auch ansprechen, Österreich ist Spitzenreiter, was die Krankenhausbetten im ganzen internationalen Vergleich darstellt, Österreich ist Spitzenreiter, was die Aufenthaltsdauer betrifft. Deshalb kann ich mir gut vorstellen, dass das eine oder andere einer Veränderung unterzogen werden muss, allerdings immer muss geprüft werden, und deshalb stimmen wir seitens der SPÖ auch einer Prüfung zu, weil wir sagen, leichtfertig kann man ein Krankenhaus nicht schließen, das ist eben ultima Ratio. Deshalb Zustimmung zur Dringlichkeit und zum Inhalt und ich

denke mir, die Bedarfsorientierung ist ganz, ganz wesentlich. Und Best Point of Service, Best Point of Care kann nur in einem Gesamtkonzept umgesetzt werden. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Österreich ist Spitzenreiter, hast du jetzt gerade gesagt, was das Nervenaufreibende und ich denke, das ist für den Christopher Drexler nicht anders als für alle, die irgendwie im Gesundheitsbereich erwarten, dass endlich dieses Gesamtkonzept auch umgesetzt werden kann, was das Aufreibende ist, dass wir in den Strukturen in Österreich auch Spitzenreiter sind in der Gegensätzlichkeit und dem sich Entgegenstehen von logischen Systemen. Wir haben immer noch ein wahnsinnig breit aufgestelltes Sozialversicherungssystem, wir haben eine Ärztekammer, die oft ganz andere Interessen versorgt und wenn ich jetzt gerade die Diskussion, nur die Primärversorgungszentren, die du gerade angesprochen hast, seit Frühling wird drüber diskutiert, ständig wird angekündigt. Wenn das zusammenspielen soll, dass eine gute ambulante Versorgung, eine gute niedergelassene Versorgung da ist, die niederschwellig ist und gleichzeitig der richtige Umgang mit der Anzahl der Spitalsbetten und dem stationären Bereich gefunden werden soll, dann ist ein Zusammenspiel und eine klare Steuerung in der Gesundheitspolitik, die durchgreift, vom Bund auf Land, wir sind als Kommune glücklich, dass wir nicht Spitalsbetreiber sind, andere Kommunen wie Linz zum Beispiel sind auch Spitalsbetreiber. Aber wir sind für die Grazerinnen und Grazer zuständig, dass sie gut versorgt werden und dass sie an den Orten versorgt werden, wo sie auch die Leistungen brauchen. Und das ist das, was das Hauptproblem ist und da will ich dem Christopher Drexler gar nicht unterstellen, dass er da alleine das auch heben könnte, sondern das ist ein Zusammenspiel, das zwischen Bund und Land einfach nicht weitergeht und das ist leider so, dass diese Primärversorgungsdiskussion in der Steiermark eingeschlafen ist, obwohl genau jetzt das parallel auch fortgeschrieben werden sollte und fortgesetzt werden sollte, wenn man darüber redet, was in Zukunft an Spitalsbetten und ambulanter Versorgung da ist und solange es so ein zersprageltes Gesundheitssystem gibt, das Strukturen hat, die sich eigentlich gegenseitig behindern, gibt es die schönsten Pläne, es gibt auf

Landesebene einige Pläne schon von Kristina Edlinger-Ploder, jetzt auch noch vom Christopher Drexler Zielvereinbarungen, die können nicht umgesetzt werden, weil hier ein System nicht umgekrempelt wird und der Mut, da klare Strukturen und auch klare Verantwortlichkeiten endlich festzulegen nicht stattfindet. Und das ist die Krankheit dahinter, wenn man von Krankheit und Gesundheit reden und solange das nicht klar ist, werden wir immer wieder nur über Baustellen da und dort reden und deswegen denke ich mir, ist der Antrag schon in die richtige Richtung, aber es geht eben darum, wie auf Bundesebene endlich da erste Schritte auch umgesetzt werden (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe heute auch mit dem Herrn Landesrat Christopher Drexler schon telefoniert. Meine Fraktion hat ja schon klar gesagt, dass wir es in der Dringlichkeit jetzt nicht so dringlich sehen, weil das, was der Herr Gemeinderat jetzt hier einbringt und was dann auch im Landtag war, ist eigentlich eine Folge dessen, was der Christopher Drexler und die Landesregierung schon angedeutet hat. Sie erarbeiten jetzt einmal ein Papier, das, so hofft auch Herr Landesrat Christopher Drexler selbst, noch vor dem Sommer von ihm einmal präsentiert werden kann. Also das, was Sie fordern, Herr Gemeinderat, ist sowieso wieder eine Geschichte, die das Land gerade macht und selbstverständlich hat es noch niemandem gut getan, wenn er in Graz versucht hat, ein Spital zu schließen oder das auch nur anzukündigen und selbstverständlich werden wir das sowieso da auch dann diskutieren. Ich möchte darauf hinweisen, bevor man da auch Befürchtungen jetzt schon laut werden lässt, da werden jetzt die Spitäler in Graz geschlossen, in Graz gibt es eine Spitalsversorgung, auch eine Dichte an Spitalsversorgung, die würden sich alle Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker auf der Welt wünschen. Das, was wir an Einrichtungen haben, das ist unglaublich und es gibt überhaupt im Moment aus meiner Sicht keine Debatte darüber, ob das LKH West jetzt geschlossen wird, sondern wir haben jetzt schon einmal

interessanten Verbund zustande gebracht und ich glaube, wir werden auch im Sommer dann unter Garantie darüber diskutieren, was das Land jetzt vorhat. Aber bitte lassen wir es auch ausarbeiten, dass es dann auch da behandelt wird, davon können alle ausgehen (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Was ich mir allerdings als Stadt wünsche ist, dass, sobald es konkretere Ideen und Pläne von Landesseite gibt, dass dann tatsächlich in der Stadt diese Information von Seiten des Landes auch gegeben wird und wir nicht nur aus der Zeitung erfahren, was die Pläne sind. Und den Wunsch würde ich gerne schon an die Landesregierung auch von dieser Seite noch einmal ausrichten (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich nehme an, dass der Herr Landesrat seine Pläne schon noch vorstellen wird medial, bevor wir sie vorstellen. Er muss es im Land Steiermark einmal vorstellen, aber er hat überhaupt kein Problem damit, das mit der Stadt Graz auch dann zu besprechen, das habe ich heute von ihm schon erfahren. Es geht ja weiter, soweit ich das gesehen habe, kommt es ja zu einer Debatte, es ist ja nur die ÖVP in der Dringlichkeit nicht mit dabei.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

GR. Mag. **Moser**: Ich bedanke mich für die Zustimmung bei der Dringlichkeit, freut mich, dass die KPÖ mitgegangen ist, auch die SPÖ es so richtig sieht und auch die grüne Fraktion hier mitgestimmt hat. Inhaltlich ist es für uns so, uns geht es um die Grazer

Bevölkerung, uns geht es auch um Eggenberg und nachdem dort die Barmherzigen Brüder oder das Spital der Barmherzigen Brüder abgesiedelt wird, Kollege Piffl-Percevic schaut ganz traurig, du wirst wahrscheinlich mit diesem Beschluss auch nicht glücklich sein...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Warten wir auf das Resultat.

GR. Mag. **Moser**: Und wir finden es deshalb auch für sehr dringlich und sehr wichtig, dass die Stadt Graz dem Land gegenüber ein Zeichen setzt und wenn hier alle Parteien oder die Mehrheit der Parteien einen dringlichen Antrag stellen, so wird das Ergebnis auch seinen Nachdruck im Land erfahren und die Stimme wird gehört werden müssen und daher danke ich (*Applaus FPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8) Keine Investition in die unwirtschaftliche Mur-Staustufe Graz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt namens von KPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Gäste auf der Galerie! In meinem dringlichen Antrag geht es um

Investitionen der Stadt Graz in die geplante Staustufe in Graz-Puntigam. Es ist ja in letzter Zeit wieder einiges dazu in den Medien gestanden, auch heute. Ich möchte vielleicht damit anfangen, dass der WWF Österreich eine Studie in Auftrag gegeben hat, die der Herr Dr. Neubarth von der e3 consult erstellt hat und wo er sich angeschaut hat, wie kann man dieses Kraftwerk überhaupt wirtschaftlich darstellen. Immerhin kostet es laut Geschäftsbericht der Energie Steiermark 109 Millionen Euro. Es ist dann auch so, dass die Stadt Graz bereits in der letzten Gemeinderatssitzung 61,2 Millionen für den Zentralen Speicherkanal beschlossen hat und dann haben wir noch die Erweiterung von der Kläranlage in Gössendorf. Ich möchte jetzt kurz auf diese Studie eingehen. Es ist auch mit Grafiken belegt und es ist so, dass die Staustufe in Graz im Vergleich mit 60 österreichischen Wasserkraftanlagen, was die spezifischen Investitionskosten betrifft, das teuerste Projekt in ganz Österreich ist. Wir alle wissen, dass das Strompreisniveau aktuell sehr niedrig ist, wir kennen die Probleme in dem Zusammenhang, auch Sie Herr Bürgermeister, aus Mellach nur allzu gut, wir haben genug Probleme damit im Zusammenhang mit der Fernwärmeversorgung der Stadt Graz. Die Referenzpreise liegen am deutsch-österreichischen Strommarkt derzeit unter 30 Euro pro Megawattstunde und um jetzt das irgendwie wettbewerbsfähig zu halten und finanzieren zu können, bräuchten wir bei der Murstaustufe in Graz 85 bis 95 Euro pro Megawattstunde, das heißt, es ist mehr als das Dreifache oder das Dreifache zirka von dem, was wir derzeit am Strommarkt zahlen. Wir haben das auch ganz intensiv diskutiert, ich war ja auch bei der Estag eingeladen im Aufsichtsrat und das war eine sehr interessante Diskussion, weil die Estag ja auch sehr genau sieht, wie schwer diese Staustufe wirtschaftlich darstellbar ist, deshalb rechnen sie ja immer wieder neue Szenarien, um da irgendwie, sage ich einmal, auf einen grünen Zweig zu kommen. Die Investitionen, die Murstaustufe, können also am Strommarkt auch in 50 Jahren Betriebszeit nicht zu langfristigen Kapitalkosten verdient werden und wir alle wissen, wie das ist mit Krediten, am Anfang ist die Summe am größten und es ist irgendwie sehr ungünstig, wenn man gerade in der ersten Zeit, wenn diese große Summe vorhanden ist, kaum das Geld hat oder Einnahmen hat, um das zurückzuzahlen. Der

Verbund hat jetzt offensichtlich aus den Fehlinvestitionen im Kraftwerk Mellach gelernt und hat die Reißleine gezogen. 50 % aus dem Projekt Staustufe Graz ausgestiegen und es hat kurz später auch ein Radiointerview mit Verbundchef Anzengruber gegeben, wo er gesagt hat, zu viel Strom in Europa, nicht die Zeit für neue Wasserkraftwerke. Man muss dazusagen, dass bei den Wasserkraftwerken das auch so ist, dass sie im Winter kaum Leistung haben, kaum Strom erzeugen, das ist auch der große Unterschied zur Windenergie und die Energie Steiermark hat vor kurzem auf der... eine Windkraftlage gebaut, die genau dann, nämlich im Winter, wenn wir mehr Strom brauchen, wenn wir auch importieren müssen, den Strom eben erzeugt. Der Herr Landesrat Schickhofer hat sich schon geäußert zum Verbundausstieg, er hat intensive Kalkulationen und Risikobewertungen in Auftrag gegeben, weil ja doch die Gefahr besteht dadurch, dass die Energie Steiermark im Normalfall an das Land Dividenden zahlt, dass es ja auch passieren könnte, dass das dann ausfällt, wenn in unwirtschaftliche Projekte investiert wird und das für die angespannte Budgetsituation des Landes Steiermark sehr negativ wäre.

Und Sie, Herr Bürgermeister, haben in der Kleinen Zeitung vor zirka einer Woche gesagt, dass dann halt das Murkraftwerk eben ohne Beteiligung des Verbundes gebaut werde und dass es Verhandlungen geben wird, das haben wir heute auch schon in der Steirer Krone gesehen unter dem Titel „Steuermillionen für Kraftwerk“ und daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

- 1.) Der Grazer Gemeinderat spricht sich im Sinne eines politischen Bekenntnisses gegen eine Erhöhung der direkten und indirekten Beteiligung der Stadt Graz an der Mur-Staustufe Graz aus.
- 2.) Beteiligungsreferent Stadtrat Rüscher wird aufgefordert, dem Gemeinderat in der Sitzung im April 2016 einen Bericht zu den Vorteilen und Risiken einer erhöhten direkten oder indirekten Beteiligung der Stadt Graz an der Errichtung der Mur-

Staustufe Graz beziehungsweise an der „Murkraftwerk Graz Errichtungs- und BetriebsgmbH“ vorzulegen. Darin sollen auch Wirtschaftlichkeitsberechnungen enthalten sein, auf deren Basis Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl einen Einstieg der Stadt Graz in die Mur-Staustufe Graz erwägt.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Haßler** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Zuhörer auf der Zuschauertribüne! Auch wenn wieder einmal einige Wochen vergangen sind, hat sich am Prinzipiellen ja unserer Fraktion zur Staustufe in Puntigam natürlich nichts geändert und ich kann es gerne noch einmal da auch wiederholen, was teilweise die Überlegungen dahinter sind. Ich glaube, wir alle freuen uns, wenn wir da Licht haben, wenn das Mikro funktioniert, wenn man zu Hause den Strom aus der Steckdose bekommen, nur wir müssen uns auch Gedanken machen, wie der Strom in die Steckdose hineinkommt und da gibt es eben verschiedene Möglichkeiten. Es gibt die Atomkraft, die wir alle nicht wollen, es gibt die kalorischen Kraftwerke, wo wir auch wissen, dass die nicht gut sind, ich bin selber neben so einem kalorischen Kraftwerk aufgewachsen und weiß, was das dann auch an Umweltbelastung bedeutet. Es gibt Windkraftwerke, wo die Grünen auch immer wieder dann, so bekomme ich das mit, auch ihre Bedenken haben wegen der Tiere usw., es gibt Sonnenkollektoren, wo wir eh, glaube ich, jetzt, was ich in der Zeitung gelesen habe, im Großraum Graz auch einen Beitrag setzen wollen, wo wir halt beschränkte Möglichkeiten haben und es gibt eben die Wasserkraft. Auch eine erneuerbare Form der Energie, wo wir in der Steiermark, glaube ich, gute Voraussetzungen haben. Und deshalb stehen wir zu diesem Kraftwerk, wir stehen auch und wir haben da einen anderen Zugang zum Lebensraum Mur, es gibt den einen Zugang, der sagt, der Lebensraum Mur soll unverändert bleiben und es gibt den anderen Zugang, der sagt, der Lebensraum Mur soll ähnlich wie im Bereich Gössendorf

für die Bevölkerung erlebbarer gestaltet werden. Es sind unterschiedliche Zugänge, beide sind zu respektieren, aber wie gesagt, wir haben diesen Zugang und deshalb auch aus diesem Grund ein Ja zu dieser Staustufe. Was die Zahlen jetzt betrifft, die da auch teilweise auch im dringlichen Antrag gebracht werden, möchte ich schon einmal klarstellen und vielleicht wird es noch jemand von der ÖVP auch noch machen: Wir haben beim letzten Mal schon gesagt, dass es aus Sicht der Stadt Graz jetzt ökonomische Vorteile hat, wenn wir den Zentralen Speicherkanal in diesem Zusammenhang bauen, weil wir uns 20 Millionen Euro ersparen. Ersparen und nicht, wie es da dargestellt wird, als große Belastung, weil wenn wir uns wünschen, dass wir alleine mit Versickerung und Gründächern das ganze Problem der Fäkalien-Auslagerung in die Mur lösen, dann wird es vielleicht einmal gelingen in 50/60 oder 100 Jahren, aber ich glaube nicht, dass wir so lange warten wollen, sondern da muss es auch kurzfristig eine Lösung geben und das wird dieser Kanal sein, das heißt, im Synergieeffekt sind 20 Millionen an Ersparnis. Die 21 Millionen, die da für Gössendorf angeführt werden, kann man auch noch einmal klar sagen, ist auch schon mehrfach gesagt worden, hat nichts mit diesem Kraftwerk zu tun, sondern hängt damit zusammen, dass Graz wächst und Gössendorf ohnehin ausgeweitet werden muss. Das heißt, diese Zahl hat in dem Antrag, glaube ich, in dem Zusammenhang aus meiner Sicht nichts zu suchen. Dass die Estag rechnet, ist gut, dass wir auch rechnen werden, wenn wir uns beteiligen wollen, davon gehe ich aus, ich will jetzt per se nicht, dass wir uns unbedingt beteiligen müssen, also warum soll ich deshalb in einem dringlichen Antrag gleich eine Berechnung fordern, wenn die Entscheidung in die Richtung fällt, dass wir uns dort mitbeteiligen wollen, dann wird es diese Zahlen geben, dann wird es diese Zahlen mit Sicherheit im Finanzausschuss, im Beteiligungsausschuss geben. Wir wollen dann auch klare nachvollziehbare Kosten-Nutzen-Rechnung natürlich haben, wir wollen dann alle Karten am Tisch gelegt haben. Aber derzeit, sage ich, denken muss erlaubt sein und mehr sehe ich das nicht, was jetzt in den Medien da angesprochen wurde und wenn aus dem Denken dann ein Handeln wird, dann wird es hoffentlich

oder dann wird es Zahlen geben und dann können wir immer noch darüber diskutieren. Deshalb von unserer Seite ein Nein zur Dringlichkeit (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf mich auch namens meiner Fraktion gleich zu Wort melden. Geschätzte Frau Gemeinderätin, Sie ziehen alle Register, um ein großartiges Projekt für Graz zu verhindern. Glauben Sie mir, ich werde auch alle Register ziehen, damit ein solches Projekt ermöglicht und umgesetzt wird (*Applaus ÖVP, SPÖ und FPÖ*). Zu Ihren Ausführungen und Ihren Schlussfolgerungen. Die Stadt Graz ist in enger Abstimmung mit den Projektbetreibern, das Projekt-Consortium hat uns bis jetzt bestätigt, weiterhin zum Projekt Murkraftwerk positiv zu stehen. Wir werden am gemeinsam vereinbarten Weg festhalten. Wie mit der Energie Steiermark vereinbart, wird im Juni die Entscheidung im Aufsichtsrat der Energie Steiermark getroffen werden. Energie Steiermark, die EVN, die Energie Graz sehen derzeit keine wirtschaftlichen Hindernisse für das Projekt. Die jetzige Diskussion ist aufgeflammt, ich würde sogar sagen, von den Grünen und von anderen Kraftwerksgegnern benutzt worden, weil der Verbund aus eigenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus mehreren Kraftwerksprojekten in Österreich ausgestiegen ist, was ich im Übrigen für sehr traurig erachte, noch dazu aus Wasserkraftprojekten. Die Rating-Bewertung des Verbundes liegt nur mehr bei BBB, Ausblick negativ, deshalb kann der Verbund nicht in langfristige Infrastrukturprojekte im Moment investieren. Sie sind nicht ausgestiegen, weil die Frau Pavlovec-Meixner mit einer Studie dahergekommen ist und jetzt allen weismachen will, dass sich dieses Projekt nicht mehr rechnet und ich werde jetzt gleich darauf eingehen. Es werden im Übrigen derzeit auch Gespräche mit den bisherigen, aber auch mit neuen Investoren geführt, die alle ein hohes Interesse haben, in das Projekt einzusteigen. Die jetzigen Wirtschaftlichkeitsberechnungen gehen von einer internen Verzinsung von fünf Prozent aus. Für die Bewertung wurden eine Vielzahl an Szenarien durchgerechnet, mit einer realistischen Strompreisannahme sind zumindest die fünf Prozent erreichbar, es

gibt kaum kommunale Infrastruktur mit einer derartigen hohen Verzinsung. Darüber hinaus investieren wir oft in Infrastruktur, wenn ich nur an den öffentlichen Verkehr denke, wo es überhaupt keine Verzinsung gibt, sondern wir ordentlich dazuzahlen. Im Moment legen die meisten Unternehmungen, auch im Energiebereich, ihr Geld mit einer Verzinsung von ein bis 1,2 % an, dass man das vielleicht auch einmal nur weiß, und österreichische Staatsanleihen kann man momentan knapp unter ein Prozent bekommen. Warum bekommen die Projektgegner eine andere Verzinsung heraus, und, Frau Pavlovec-Meixner, das können Sie uns ja heute dann erklären. Aber ich kann Ihnen sagen, die Projektgegner rechnen nicht mit der genauen Kostenstruktur, weil aus ausschreibungstaktischen Gründen die Estag die Kosten natürlich nicht weitergegeben hat, das heißt, es ist jemand da, der mit der Ziffer, die in der Zeitung gestanden ist, mit 100 Millionen Euro Investitionskosten gleich einmal gerechnet hat. Das Murkraftwerk wurde bereits mit Echtwerten ausgeschrieben und die zuerst projektierten 100 Millionen werden unterschritten derzeit. Das heißt, Sie wissen die Zahlen gar nicht, geben aber eine Studie heraus und nehmen die 100 Millionen. Noch einmal, ich kann es Ihnen nur sagen, Ihre Studie, die Sie in Auftrag gegeben haben, geht von falschen Voraussetzungen aus. Die Gegner unterlegen in ihren Berechnungen auch falsche Strompreise, es ergeben sich auch Synergien mit der Grazer Fernwärme, sollte der Strompreis unter eine gewisse Preisschwelle fallen, macht es Sinn, über Wärmepumpen zur Fernwärmeerzeugung nachzudenken. Die Gegner rechnen mit falschen Tiefpreisannahmen. Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen, sage ich auch noch einmal, weil der Herr Klubobmann hat es auch gerade gesagt, während der Bauphase wird der Zentrale Speicherkanal und das Murkraftwerk fast 2.500 Arbeitsplätze schaffen. Es wird zu massivem Ausbau der erneuerbaren Energie kommen. Erneuerbarer Strom für 20.000 Grazer Haushalte, Graz hat derzeit 110.000 Haushalte jetzt in der Stromberechnung, wenn ich so sagen darf, somit könnte jeder fünfte Haushalt in Graz mit Wasserkraft versorgt werden. Und auch noch einmal zur Info, es gibt bereits 23 Murkraftwerke in der Steiermark, wir tun so, als würden wir einen natürlichen Fluss, der niemals reguliert worden ist, jetzt angreifen und das

stimmt einfach alles nicht. Meine lieben Grünen, der Strom kommt nicht nur aus der Steckdose, darauf ist schon hingewiesen worden, es ist ein Mega-Ökostromprojekt und es ist ein Mega-Ökopjekt auch für die Mur und das will ich da noch einmal betonen und ich verstehe wie viele andere auch nicht, dass gerade die Grünen gegen eine solche Öko-Offensive der Stadt sind, wir werden nicht mitgehen (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Ich möchte vielleicht zuerst etwas dazu sagen, Herr Bürgermeister, was Sie jetzt hier vorgelesen haben, und ich muss Ihnen ganz offen sagen, dass die Gesprächsbasis mit der Energie Steiermark eine bessere ist als mit Ihnen, wenn ich Ihnen zuhöre, und das erschüttert mich schon ziemlich. Also dort wurde eindeutig bestätigt, dass die Investitionskosten 103 Millionen Euro betragen...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Bleib bei der Wahrheit, keine falschen Zahlen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: ...dort wurde das sehr gut angenommen und es hat eine irrsinnig gute Diskussion gegeben über die Strompreisszenarien in der Zukunft und es sind ja viele Szenarien drinnen. Ich weiß nicht, ob Sie diese Studie gelesen haben und es war wirklich eine angeregte Diskussion und es ist nicht so heruntergemacht worden, wie Sie das jetzt gerade gemacht haben. Das verstehe ich irgendwie nicht, wie Sie dazu kommen, das sage ich ganz offen. Es ist dort auch gesagt worden, dass jetzt eben ausgeschrieben wird und dass sie sich halt bemühen, möglichst noch weniger als 103 Millionen zu bezahlen, aber das war in keiner Weise so, dass wir mit falschen Zahlen operieren, sondern wir arbeiten mit den Zahlen, die im Geschäftsbericht gestanden

sind, die auch öfter in den Medien erwähnt wurden und das ist eine seriöse Studie, die nicht irgendjemand von uns geschrieben hat, sondern jemand, der auch öfter für die Energiewirtschaft arbeitet. Ich kann es in keinsten Weise nachvollziehen, wie mit dieser Studie und auch mit dem, was dort besprochen wurde, umgegangen wird. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Studie nicht von falschen Preisen ausgeht und dass das auch bei der Estag so gesehen wurde und ich weiß, dass die Estag an verschiedenen Szenarien arbeitet, es war dort von fünf bis sechs Szenarien die Rede und es war dort davon die Rede, wenn mehr als die Hälfte positiv ausfällt, dann würden sie eine Pro-Entscheidung machen, es war ein seriöses Gespräch. Das ist das eine und dann haben Sie gesagt, dass es bereits 23 Kraftwerke in der Steiermark gibt und es ist ja auch einer der Punkte, warum uns die frei fließende Mur in Graz so wichtig ist, weil wir einfach möchten, dass es noch ein paar Abschnitte gibt, wo der Fluss fließen kann, wo der Lebensraum besteht, den eben Tierarten brauchen, die eben Fließgewässer brauchen und deshalb setzen wir uns da auch sehr dafür ein. Also wir haben überhaupt nichts zu verheimlichen, wir versuchen, sehr seriös zu arbeiten.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Gescheiter, das Wasser ist dreckig.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:** Und, Herr Klubobmann Haßler, also ich finde das Niveau, wie kommt der Strom in die Steckdose, wie kommt der Strom aus der Steckdose, ziemlich tief, muss ich sagen. Wir beschäftigen uns intensiv und besonders die Frau Stadträtin Rücker, das Umweltamt hat auch mit Energieeffizienz-Initiativen, Sie wissen vielleicht nicht, dass die Stadt Graz jedes Jahr 2,6 Gigawattstunden an Strom einspart. Sie wissen nicht, dass es viele Initiativen gibt auch in privaten Haushalten und wir können sowieso nicht so weitermachen, wir können nicht alle drei/vier Jahre eine

neue Staustufe bauen nur deshalb, weil wir nichts dagegen tun, dass der Stromverbrauch wächst und es ist ja auch nicht mehr so, dass er wächst. Also wir vertreten die Meinung, und da bewegen wir uns im Rahmen des Positionspapiers der Grünen, dass Energieeffizienz, dass eingesparte Energie die größte Energiequelle ist und da möchten wir vorankommen und gleichzeitig möchten wir Flüsse, und in Österreich sind viele Flüsse verbaut, als wertvolle Lebensräume, nämlich im fließenden Zustand erhalten. Das ist der Weg, auf dem wir uns bewegen und sehr verantwortungsvoll bewegen. Und was den Lebensraum Mur betrifft, ich verstehe nicht, warum man glaubt, warum man in dieser Stadt glaubt, dass man den Lebensraum Mur zugänglicher nur dann machen kann, wenn man eine Staustufe errichtet. Ich verstehe es nicht. Weil das kann man durchaus auch machen, jetzt haben wir über zwei Millionen Euro beschlossen für einen Murmasterplan und niemand hält die Stadt auf...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Das Wasser war früher auch näher bei den Menschen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:** ...das zu machen, Kaffeehäuser an die Mur zu bauen, ohne dass man eine Staustufe errichtet. Und grundsätzlich bin ich schon überrascht, in meinem dringlichen Antrag geht es im ersten Punkt um ein politisches Bekenntnis, im zweiten Punkt geht es aber um Transparenz und was daran so schlimm ist, wenn Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorgelegt werden, wenn es einen Bericht gibt zu Vorteilen und Risiken einer erhöhten direkten oder indirekten Beteiligung der Stadt Graz, das kann ich nicht nachvollziehen und ich hätte mir zumindest erwartet, dass im Sinne der Transparenz und auch der Verantwortung gegenüber den Grazerinnen und

Grazern, die werden das nämlich zahlen müssen, dass der Punkt zwei eine Zustimmung erhält und ich appelliere noch einmal an Sie, einfach dafür zu sorgen, dass wir hier Daten vorliegen haben in der April-Gemeinderatssitzung und ich bitte Sie noch einmal um Ihre Zustimmung zu diesem Punkt. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Intervall-Verbesserungen im Abendverkehr bei den Grazer Straßenbahn- und Buslinien

GR. **Dreisiebner** stellt namens von Grünen und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie! Bei mir geht es darum, dass wenn man sich in der Stadt an welchem Ort auch immer hinstellt und abends die Straßenbahn, einen Bus usw. erreichen will, dass man zum einen erlebt, dass sehr viele Menschen auch zu späterer Stunde unsere öffentlichen Verkehrsmittel nutzen, die Fahrzeuge, die Straßenbahnen, die Busse, vor allem die bekanntermaßen stark frequentierten Busse sind überaus voll, auch zu früherer, mittlerer Abendstunde. Und wenn man sich dann den Fahrplan anschaut und die Fahrplanausdünnungen anschaut,

die eigentlich schon so um die Zeit rund um 18.00 Uhr beginnen, ich habe das in meinem Motivenbericht ausgeführt, dann stellt man fest, dass hier noch einiges an Potential möglich wäre, zumindest ist das unsere Meinung, um noch weitere Fahrgäste heranzuholen und noch mehr Menschen zum Umstieg auf den öffentlichen Verkehr zu bewegen.

Was ist eigentlich in den letzten Jahrzehnten, Jahren passiert? Arbeitswelten haben sich verändert und es ist vielfach notwendig, flexibler zu arbeiten mitunter oder auch sehr oft lange oder recht lange in den Abend hinein, auch der Handel hat sich dementsprechend natürlich, wie soziale Dienstleistungen auch, denken wir jetzt an Kinderbetreuungseinrichtungen usw., mit ihren Öffnungszeiten nach hinten bewegt, das haben sie nicht von alleine gemacht, weil es so lustig ist, sondern weil der Bedarf eben da ist, weil Menschen, die in der Arbeit eben diese Flexibilität aufbringen müssen, dann auch dementsprechend später ihre Lebensmittel besorgen oder auch ein Fachgeschäftseinkauf usw. erledigen oder eben auch eine Betreuungseinrichtung für ihre Kinder entsprechend länger benötigen. Wie gesagt, wir dünnen relativ früh aus, das beginnt gegen 18.00 Uhr, geht nach 18.00 Uhr ganz stark weiter und ab 19.00 Uhr haben wir einen 15-Minuten-Takt, wie etwa auf der Linie 7, wo man vor 18.00 Uhr bis zwölf Abfahrten im Nachmittagsspitzen-Takt-Angebot haben und nach 19.00 Uhr geht es dann runter auf vier Abfahrten. Vom LKH zum Beispiel in St. Leonhard, und da kann sich jeder von uns vorstellen, wenn man jemanden besucht nach einem langen Arbeitstag, einen Angehörigen, einen Freund, einen Bekannten, dass man dann unter Umständen nicht mehr das öffentliche Verkehrsmittel wählt, vor allem wenn man Kettenwege zu erledigen hat, eben einen längeren Berufstermin, einen Besuch, einen Einkauf, das Abholen eines Kindes oder Ähnliches mehr, sondern dass man dann halt leider wiederum auf das Auto umsteigt, um eben diese Wartezeiten nicht in Kauf nehmen zu müssen. Das ist im Großen und Ganzen natürlich auch etwas, was wir uns in Bezug auf unsere verkehrspolitischen Ziele, auf die Mobilitätskonzeptziele anschauen sollten, wo wir beim Modal Split ja eine ganz starke Reduktion des

Autoverkehrs in den nächsten vier/fünf Jahren als Ziel uns gesetzt haben, das heißt, auch dahingehend sollten wir unser Angebot ausbauen.

Ich habe dann auch ein bisschen recherchiert und geschaut, wie das in anderen Landeshauptstädten aussieht. In Innsbruck wird bis 19.30 Uhr im dichten Nachmittagsintervall gefahren und dann erst langsam zurückreduziert beziehungsweise reduziert und in Linz ist es bis 19.00 Uhr in etwa gegeben, wobei Linz auch gerade aktuell eine Diskussion hat, dass man da am Abend einiges mehr tut und auch den Takt etwas länger dicht und kurz hält. Das werden wir sehen, wie sich das bei ihnen auswirkt, vielleicht sind wir dann einmal vorne und nicht Linz, die ja beim Straßenbahnausbau sehr viel erfolgreicher sind als wir im Moment, aber die Hoffnung lebt auch in Graz weiter.

Was ich hier erreichen will, dass man eine Prüfung macht, dass man die Fahrgastpotentiale abschätzt, das auch dementsprechend abschätzt entlang verschiedener Linien, es wird wahrscheinlich nicht so sinnvoll sein, an schwächer frequentierten Stadt-Rand-Bus-Linien da gewisse Verdichtungen zu erreichen, aber auf Straßenbahnen und Hauptbuslinien wäre das eine doch sehr sinnvolle Sache, um hier Potentiale noch zu heben, die meines Erachtens erhebbare sind. Natürlich ist auch der Kostenfaktor ein Thema, auch das soll miterhoben werden, mitberechnet und abgeschätzt werden und in diesem Sinne wäre das Ziel, dass wir vor dem Sommer noch einen entsprechenden Informationsbericht in den Gemeinderat bekommen, um dahingehend Kosten und Nutzen weiter darüber diskutieren zu können.

Ich stelle also folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Die fachlich zuständige Abteilung für Verkehrsplanung wird beauftragt, im Sinne des Motivenberichts die Fahrgastpotenziale für eine Verlängerung des dichten Tagesintervalls um zumindest eine Stunde, möglichst unter Einbeziehung der Expertise der Holding Graz Linien, zu erheben.
2. Des Weiteren wird die Abteilung für Verkehrsplanung ersucht, dem Gemeinderat für eine solche Ausdehnung eine Abschätzung der zusätzlich anfallenden Kosten und möglicher Erträge für die laut Motivenbericht dargelegten unterschiedlichen Varianten der Angebotsverdichtung in den Abend hinein zu unterbreiten und schließlich
3. wird Verkehrsstadtrat Mag. Mario Eustacchio beauftragt, die Ergebnisse der Erhebung inklusive der Kostenabschätzung sowie mögliche Umsetzungsvarianten bis zur Sitzung im Juni des Jahres dem Gemeinderat in Form eines Informationsberichtes zur weiteren Entscheidungsfindung zu unterbreiten.

Ich ersuche um Unterstützung und Annahme. Vielen Dank (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 17.35 Uhr den Vorsitz.

GR. Ing. **Lohr** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, liegt uns wieder ein typischer Dreisiebner-Vortrag vor, Antrag in dem Fall. Die Dringlichkeit ist nicht gegeben, da die Erhebungen bereits vorliegen. Dies schon seit 2014, als uns im Verkehrsausschuss der Masterplan ÖV zur Kenntnis gebracht wurde. Soviel ich weiß, ist der Kollege Karl Dreisiebner für die Grünen im Verkehrsausschuss, sollte er wissen, aber ich darf für uns alle noch einmal zusammenfassen. In diesem Masterplan wurde von der Abteilung für Verkehrsplanung gemeinsam mit den Graz Linien samt

Finanzrahmen bis 2021 dieser Bericht erarbeitet und betrachtet alle relevanten Maßnahmen, um die Ziele des Grazer Mobilitätskonzeptes 2020 erreichen zu können. Vor allem aber sind im Masterplan die Prioritäten festgelegt worden. Unter Punkt 5 finden wir auch den Hinweis auf die Ausweitung der Betriebszeiten auch zu den Randzeiten. Also, so wie du forderst, am Abend und am Wochenende. Jetzt Einzelmaßnahmen hervorzuheben und evaluieren zu lassen, wäre kontraproduktiv. Zielführend ist eine geschlossene Willensbildung im Gemeinderat und zwar von allen Parteien, um die Maßnahmen des Masterplanes umsetzen zu können. Hier scheitert es eben hin und wieder an den Finanzen und ich darf dir jetzt diesen Informationsbericht überreichen vom September 2014. Also entweder hast du ihn nicht gelesen oder den Inhalt nicht verstanden (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann:** Lieber Karl! Ich kann dein Ansinnen vollkommen verstehen, es gibt nämlich wirklich Linien, wo ab halb sieben sozusagen die Busse wirklich sehr begrenzt fahren. Das tägliche Leben hat sich verändert, der ganze Tagesablauf, die Geschäfte haben länger offen, es geht immer weiter in den Abend hinein. Also ist dein Anliegen durchaus gerechtfertigt, dass man noch einmal genauer hinschaut, wie weit wirklich Buslinien am Abend, ich würde sagen bis 20.00 Uhr, wirklich jetzt den normalen Tagesintervall beibehalten können, denn ich merke das selber, ich bin Busfahrer, ich fahre ein paar Mal in der Woche um diese Zeit nach Hause, die Busse sind in dieser Zeit noch gesteckt voll. Das heißt, der Bedarf ist auf alle Fälle gegeben. Auch wenn es hier einen Masterplan schon gibt, das mag schon möglich sein, dass 2014 das hier irgendwie da drinnen gestanden ist, aber es wäre trotzdem wichtig, hier noch einmal genau hinzuschauen und aus diesem Grund stimmen wir der Dringlichkeit und dem Antrag zu (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Ja vorweg, die Blauen sind anscheinend nur Autofahrer und haben mit dem öffentlichen Verkehr nichts im Sinn, weil sie wollen keine Verbundverhandlungen, sie wollen keine Taktverdichtung. Irgendwo muss ich sagen, traurig. Wir stimmen natürlich zu, jede Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs ist wichtig, ist notwendig, natürlich müssen wir über die Kosten nachdenken, die dürfen in der Relation zur Nutzung jetzt nicht überhöht sein, aber wir stimmen, wie die SPÖ, der Dringlichkeit zu und dem Inhalt zu (*Applaus SPÖ*).

GR. **Haberler**: Hoher Gemeinderat, lieber Karl! Danke für diesen dringlichen Antrag, der zeigt natürlich auf, wie wichtig so etwas ist. Muss aber allerdings dazusagen, dass diese Dringlichkeit aufgrund der Tatsache, die der Herr Gemeinderat Lohr vorher so treffend ausgeführt hat, von unserer Seite nicht gegeben ist, weshalb wir der Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner**: Natürlich nehme ich das Schlusswort, auch wenn es passiert, weil ich natürlich ausrechnen kann, dass die Dringlichkeit nicht gegeben ist. Ich finde es schade, Kollege Haberler, dass man sich auf einen Informationsbericht an den Verkehrsausschuss, der vor eineinhalb Jahren abgeliefert worden ist, den Gemeinderat nie erreicht hat beziehungsweise auch keine weiteren Folgeschritte darauf aufgesetzt worden sind, dass man sich daraufhin nicht einmal zur Kosten- und Nutzenabschätzung verständigen kann, das finde ich sehr schade von euch, von der ÖVP. Ich finde es auch schade von der FPÖ oder ich fände es schade von der FPÖ, aber wie man so schön sagt, eine typische Lohr-Antwort war das halt wieder. Natürlich kennt der Dreisiebner, sehr geehrter Herr Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr, diesen Bericht, aber wie ich

eben schon sagte und ich sage es jetzt noch einmal und dann kannst du es im Protokoll nachlesen, wenn man eineinhalb Jahre lang nichts weiterbringt, nichts mehr weiterbringt, als dass man einen Informationsbericht in den Ausschuss für Verkehr einbringt und dass man sehenden Auges da draußen einfach mal rausgehen, nicht irgendwo zu einer Tiefgarage oder was auch immer, einfach mal rausgehen am Hauptplatz, runtergehen zum Jakominiplatz usw. dass man sieht, wie viele Menschen um 19.00 Uhr, 19.30 Uhr, 20.00 Uhr, 20.30 Uhr noch unterwegs sind und um die Zeit geht es und wenn man dann vielleicht noch fragt, was tust denn du alles oder was tun Sie denn alles noch am Abend, was haben Sie denn noch zu tun usw...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Ist eh im Masterplan.

GR. **Dreisiebner:** ...was sind Ihre Wege, die Sie noch zu tun haben? Ja ich muss noch ein paar Lebensmittel kaufen, dann muss ich noch das Kind holen von einer Betreuungseinrichtung oder von Verwandten oder Bekannten oder was auch immer.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Potzinger: Um 20.00 Uhr?

GR. **Dreisiebner:** Liebe Frau Gemeinderätin Potzinger, liebe Sissi, der Hofer hat bis 20.00 Uhr offen, Montag bis Freitag, Hofer ist ein, glaube ich, nicht unsozialer Dienstgeber und trotzdem müssen dort MitarbeiterInnen bis 20.00 Uhr/20.30 Uhr Dienst machen, weil auch wenn der zusperrt, gehen die noch nicht heim.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Potzinger: Nicht alle Mütter arbeiten bis 20.00 Uhr.

GR. **Dreisiebner:** Ich kann von einem persönlich mir bekannten Fall berichten, wo die Nachmittagsbetreuung bis 18.00 Uhr in Wetzelsdorf auf hatte, Volksschule Jägergrund, und das Kind ist dann zum Hofer und hat im Sozialraum gewartet, bis die Mama fertig war mit Dienst, das ist nicht jeden Tag vorgekommen, das ist aber ein/zwei Mal im Monat vorgekommen (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Potzinger: Deshalb wollen wir familienfreundliche Betriebe.

GR. **Dreisiebner:** Alleinerzieherin, Vater nicht vorhanden, was auch immer, weiß ich nicht, ist auch irrelevant hier für die Diskussion. Wir können auch nachher noch reden miteinander, Sissi. Also noch einmal, der Herr Verkehrsstadtrat, der sich ja als Kronenzeitung-Leser outet, ist ja leider nicht in der Lage, solchen Diskussionen beizuwohnen beziehungsweise auch dazu Stellung zu beziehen. Stattdessen darf mit den Ärmelschonern des Vorsitzenden des Verkehrsausschusses der Roland Lohr herkommen und quasi ein bisschen patzig werden, wie auch immer. Aber der Herr Eustacchio tut ja lieber Kronenzeitung lesen, vielleicht nur die Überschrift und irgendwelche Geschichten verbreiten und verallgemeinern, soviel dazu.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Er ist Sicherheitsstadtrat.

GR. **Dreisiebner:** Ja, er ist auch nicht Sicherheitsstadtrat, wenn es um die Sicherheit in der Stadt geht, er ist ein Nicht-Verkehrsstadtrat und er ist ein Nicht-Sicherheitsstadtrat. Aber das Zweite ist jetzt nicht mein Thema. Er ist auch Stadtrat angeblich, ihr habt ihn gewählt. Das Zweite ist nicht mein Thema, noch einmal, ihr seid nicht einmal in der Lage, liebe Freundinnen und Freunde von der Volkspartei, liebe Menschen von der freiheitlichen Partei, ihr seid nicht einmal in der Lage, wissend, dass es diesen Informationsbericht gegeben hat, September 2014, wissend, dass es den Masterplan gibt...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Kennst du den Masterplan?

GR. **Dreisiebner:** ...eine dementsprechende Prüfung Kosten-Nutzen-Abschätzung anzuschauen. Und zwar auf Basis der anwesenden Personen in dieser Stadt, die höher ist, als wir vor ein paar Jahren noch angenommen haben. Das ist eigentlich das Thema, ich nehme es zur Kenntnis mit nach Hause und komme wieder. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. Ing. **Lohr** zur Geschäftsordnung: Ich melde mich ganz kurz zu einer Richtigstellung. Also das Erste, was die Kollegin Katholnig gesagt hat, wir Freiheitlichen treten nicht für den öffentlichen Verkehr ein für den Ausbau, der ist uns ein wichtiges Anliegen, nicht umsonst gibt es die Berichte, die ich heute auch vorgelegt habe. Es war nur im Ausschuss, ist nicht unser Verschulden, es hätte sollen auch in den Gemeinderat kommen, aber die Finanzen sind nicht in unserer Hand. Es ist eine Richtigstellung, das andere, dass man mit Ärmelschoner auftritt usw. ist jetzt bei manchen Kollegen auch nicht gut angekommen, da darf ich den gesamten...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Ich bitte, den Bezug zur Geschäftsordnung herzustellen.

GR. Ing. **Lohr**: Eine Richtigstellung ist das. Wenn eine Lüge auftritt, darf ich das richtigstellen, ich verteidige noch einmal den Verkehrsausschuss, dass wir hier nicht mit Ärmelschoner auftreten. Alle Fraktionen und Beamten sind engagiert (*Applaus FPÖ*).

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Und ohne Ärmelschoner.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.